

Teil II: Die neuen Ansätze der koreanischen Wiedervereinigungspolitik nach der deutschen Einheit. Unter besonderer Berücksichtigung der Politik Kim Dae-Jungs gegenüber Nordkorea

1 Einführung

Mit dem Beginn der 90er Jahre kam die weltpolitische Konstellation in eine dramatische Veränderung. Die sozialistischen Ostblockstaaten brachen zusammen und Deutschland erreichte die Wiedervereinigung. Das übte auch auf das System des Kalten Krieges auf der koreanischen Halbinsel positive Einflüsse aus, was gleichzeitig die Veränderung der innerkoreanischen Beziehungen bedeuten. Vor allem erweckte die deutsche Einheit neue Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung Koreas. Das Ende des Kalten Krieges bedeutete, dass der externe Faktor vergeht, die die Teilung Koreas verursachte und die Feindschaft zwischen beiden Koreas erzwang. Hier sah südkoreanische Regierung eine Herausforderung und zugleich eine Chance. Nach eigenem Willen und Kraft könnte man nun die nationale Teilung überwinden.

Mit gestiegenem Selbstbewusstsein durch die erfolgreiche Durchführung der Seoul-Olympiade und die wirtschaftliche Überlegenheit initiierte nun die südkoreanische Regierung eine aktivere Politik gegenüber Nordkorea, um die Konfrontation zwischen beiden Koreas zu Ende zu bringen und die innerkoreanischen Beziehungen zu normalisieren. Sie akzeptierte Nordkorea als Partner auf gleicher Augenhöhe, mit dem ein friedliches Nebeneinander möglich sein könnte, wodurch eine Politik mit völlig anderer Qualität als früher möglich wurde. Es folgten viele Kontakte und Vereinbarungen. Der UNO-Beitritt beider Koreas und das Grundlagenabkommen zwischen Süd- und Nordkorea war die Folge dieser Politik. Das Grundlagenabkommen im Jahr 1992 legte einen Grundstein für die innerkoreanischen Beziehungen.

Aber vor allem bahnte die Engagementpolitik Kim Dae-Jungs in Hinsicht auf die früheren innerkoreanischen Beziehungen einen ganz neuen Weg an. Durch das Gipfeltreffen

im Juni 2000 hat die koreanische Halbinsel nochmals die Aufmerksamkeit von internationaler Gemeinschaft erregt.

In diesem Teil wird die südkoreanische Politik gegenüber Nordkorea bzw. die Wiedervereinigungspolitik seit den 90er Jahren behandelt. Hierbei steht unter anderem die Engagementpolitik (Sonnenscheinpolitik) Kim Dae-Jungs im Mittelpunkt. Bei der Untersuchung wird diese Politik in innenpolitischen und außenpolitischen Aspekte sachlich analysiert und darüber hinaus auch eine Aussicht auf diese Politik geboten.

2 Die Wiedervereinigungspolitik unter den Regierungen Roh Tae-Woo und Kim Y-oung-Sam

2.1 UNO-Mitgliedschaft der beiden koreanischen Staaten

2.1.1 Südkoreanische Politik zur UNO-Mitgliedschaft

Nach der Gründung der Republik Korea im Jahre 1948 ist die Politik Südkoreas zur UNO-Mitgliedschaft in drei Phasen zu unterteilen⁸⁸:

- (1) Die erste Phase (bis zur „Erklärung vom 23. 06“⁸⁹ im Jahre 1973): die Politik zur Alleinmitgliedschaft;
- (2) Die zweite Phase (nach der „Erklärung vom 23. 06“ bis zum Jahr 1979): der Verzicht auf die Haltung gegen den Eintritt Nordkoreas in die UNO;
- (3) Die dritte Phase (vom Jahr 1980 bis zum Beitritt Süd- und Nordkoreas in die UNO): die Politik zur doppelten Mitgliedschaft der beiden Staaten.

⁸⁸ Han, Young-Gu: UN gaib ihu ui nambukhan kwangye (Die innerkoreanischen Beziehungen nach dem UNO-Beitritt), in: Korean Institute for National Unification (Hrsg.): jeonhwangi ui dongbuka jilseo wa nambuk kwangye (Die Ordnung in Nordostasien und Beziehung zwischen Süd- und Nordkorea im Wendepunkt), Gesammelte Abhandlungen des wissenschaftlichen Vortrags am 13. Juni 1991, Seoul 1991, S. 66

⁸⁹ Dazu siehe S. 19-20 dieser Dissertation.

Die erste Phase wurde durch die Politik zur Alleinmitgliedschaft Südkoreas gekennzeichnet, die auf der UNO-Resolution⁹⁰ vom 12. Dezember 1948 beruht, dass die Republik Korea nur eine einzige gesetzmäßige Regierung auf der koreanischen Halbinsel sei.

Nachdem die Republik Korea im Jahr 1948 durch allgemeine Wahlen unter der Aufsicht der „Temporären UN-Kommission für Korea (UNTCOK)“⁹¹ gegründet und in demselben Jahr von der UNO als eine gesetzmäßige Regierung in Korea anerkannt worden war, stellte sie zum ersten Mal am 19. Januar 1949 den Antrag auf Mitgliedschaft in der UNO. Aber dieser Antrag wurde durch das Veto der damaligen UdSSR zum Scheitern gebracht. Weiter hat am 22. Dezember 1951 und am 21. April 1961 zwar der UNO-Sicherheitsrat über die Mitgliedschaftsfrage der Republik Korea beraten, doch wurde dies auch abgelehnt, da die UdSSR jedes Mal von ihrem Veto Gebrauch machte. Zu dieser Zeit erreichte der Kalte Krieg zwischen Ost und West den Höhepunkt und in der UNO hatten damals die westlichen Länder sowie die USA die überwältigende Mehrheit. Mit diesem Hintergrund wurde der Eintritt Südkoreas in die UNO gefördert.

Infolge des veränderten weltpolitischen Klimas am Anfang der 70er Jahre – Détente zwischen Ost und West durch die Annäherung zwischen den USA und der VR China und die Entspannung zwischen den USA und den UdSSR – gelangen Süd- und Nordkorea durch die Gemeinsame Erklärung vom 4. Juli 1972 zu einem Übereinkommen darüber, sich um die Verwirklichung der friedlichen Wiedervereinigung zu bemühen. Inzwischen verkündete die südkoreanische Regierung die „Sondererklärung für die friedliche Wiedervereinigung und die Außenpolitik“ am 23. Juni 1973 und erklärte damit ihren Standpunkt hinsichtlich der außenpolitischen Grundsätze für eine friedliche Wiedervereinigung: Die südkoreanische Regierung wolle sich nicht der Teilnahme Nordkoreas an internationalen Organisationen und dem UNO-Beitritt Nordkoreas mit Südkorea

⁹⁰ Auf der 3. Sitzung hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. Dezember 1948 eine Resolution zur koreanischen Frage angenommen. Sie erklärte, dass „there has been established a lawful government.(Government of the Republic of Korea)... and that this is the only such Government in Korea.“ Hierzu siehe UN-General Assembly Resolution 195(III); Henderson, Gregory: Korea, S. 53, in: Henderson, Gregory / Lebow, Richard Ned / Stoessinger, John G. (Hrsg.): Divided Nations in a divided World, New York 1974.

⁹¹ Die Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm am 14. November 1947 Grundsatzresolution zur koreanischen Frage mit einer großen Mehrheit an: Die Vereinten Nationen würden eine „United Nations Temporary Commission on Korea(UNTCOK)“ einrichten, die aus Vertretern von neun Nationen bestehen soll, um für die Abhaltung freier Wahlen in ganz Korea zu sorgen. Sie kamen aus Australien, Kanada, Indien, Philippinen, Syrien, Frankreich, El Salvador und China. Sie waren zwar eigentlich neun Länder, aber Ukraine lehnte das ab. Hierzu siehe UN-General Assembly Resolution 112 (II)

widersetzen, wenn das für eine Entspannung und die Zusammenarbeit hilfreich wäre und auf die Wiedervereinigung nicht hemmend wirken würde.⁹² Am 29. Juli 1975 bewarb sich die südkoreanische Regierung zum vierten Mal um die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Aber das wurde sogar nicht einmal in die Tagesordnung im Sicherheitsrat aufgenommen. Und der Antrag auf die Wiederaufnahme des Verfahrens am 21. September in demselben Jahr kam zum gleichen Resultat.

Zu Beginn der 80er Jahre schlug die südkoreanische Regierung mit dem Dialog mit Nordkorea die doppelte Mitgliedschaft der beiden koreanischen Teilstaaten in der UNO mit dem Gedanken vor, dadurch eine Grundlage für die friedliche Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel zu legen. Aber angesichts dieser Tatsache, dass infolge des nordkoreanischen Widerspruchs und der Unterstützung der nordkoreanischen Haltung durch die UdSSR und die VR China als ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats die Möglichkeit dazu gering sei, bemühte sich nun die Regierung Südkoreas um die Verbesserung der Beziehungen zu China und der Sowjetunion.

2.1.2 Nordkoreanische Position zur UNO-Mitgliedschaft

Die nordkoreanische Haltung zur UNO-Mitgliedschaft wurde durch den Zeitraum vor und nach der „Sondererklärung vom 23 Juni“ der südkoreanischen Regierung im Jahr 1973 deutlich unterschieden. Seit seiner Gründung bis zum Jahr 1973 versuchte Nordkorea viermal den Beitritt in die UNO. Am 9. Februar 1949 – 20 Tage nach der ersten Bewerbung Südkoreas zur Erlangung der UNO-Mitgliedschaft – und am 2. Januar 1952 stellte Nordkorea einen Aufnahmeantrag auf UNO-Mitgliedschaft. 1957 und 1958 wurde die doppelte Mitgliedschaft Süd- und Nordkoreas von der Sowjetunion beantragt. Im Hintergrund dazu, dass Nordkorea in den 50er Jahren die doppelte Mitgliedschaft Süd- und Nordkoreas in die UNO befürwortete, versteckte sich die Absicht, die diplomatische Unterlegenheit gegenüber Südkorea durch die Wiedergutmachung der nordkoreanischen Stellung in der internationalen Gesellschaft abzuholen, die durch die Ablehnung der Gesamtwahl in Korea und den Korea-Krieg verloren gegangen war. Aber diese Anträge wurden wegen des überwältigenden Widerspruchs der anderen Mitglied-

⁹² Vgl. Research Center for Peace and Unification: Die friedliche Wiedervereinigung Koreas – Fragen und Antworten. Seoul 1980, S. 37-38.

länder des Sicherheitsrates ausschließlich Sowjetunion nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Aber die nordkoreanische Politik zur UNO-Mitgliedschaft kam mit der Sondererklärung vom 23. Juni 1973 Südkoreas in die Richtungsänderung. Seitdem die südkoreanische Regierung dabei erklärte, dass sie sich nicht dem nordkoreanischen Beitritt in die UNO entgegenstelle, verhielt sich Nordkorea nun gegen die doppelte Mitgliedschaft Süd- und Nordkoreas.

Auf der Rede zum „Fünf-Punkte-Kurs für die Vereinigung des Vaterlandes“ vom 25. Juni 1973 sprach Kim Il-Sung, „Wir bestehen außerdem darauf, die Fixierung der Spaltung, die ewige Teilung unseres Landes in zwei Koreas zu verhindern und zu erreichen, dass Nord und Süd auch auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehungen gemeinsam auftreten.“⁹³ Aus diesem Standpunkt verwarf er die Politik zur doppelten UNO-Mitgliedschaft Süd- und Nordkoreas als eine Machenschaft zur Etablierung von „zwei Koreas“ und bestand darauf, dass Süd und Nord unter der einheitlichen Staatsbezeichnung in die UNO eintreten sollte, nachdem die Föderation geschaffen sei.⁹⁴

Anfang der 70er Jahre erhielt Nordkorea durch den Eintritt in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Eigenschaft als Beobachter in der UNO. Mit dem Selbstbewusstseins dadurch und der Ausdehnung des Einflusses von den bündnisfreien Staaten in den 70er Jahren scheint Nordkorea statt der doppelten UNO-Mitgliedschaft mit Südkorea den Vorschlag gemacht zu haben, nach der Schaffung einer „Konföderative Republik Koryo“ unter der Nordkoreanischen Leitung mit der einheitlichen Staatbezeichnung „Koryo“ in die UNO einzutreten. Indem Nordkorea seitdem auf einen gemeinsamen UNO-Sitz beharrte, nahm es eine feste Haltung gegen die doppelte Mitgliedschaft oder den Alleinbeitritt Südkoreas in die UNO an.

⁹³ Kim, Il-Sung: Kim Il-Sung jeonsib 6 (Ausgewählte Werke 6), Pjöngjang 1974, S. 454.

⁹⁴ Ebd.

2.1.3 Südkoreanische „Nordpolitik“ im Vorfeld der UNO-Mitgliedschaft der beiden koreanischen Staaten

Der Ursprung südkoreanischer sog. „Nordpolitik“⁹⁵ geht auf südkoreanische Politik in früheren 70er Jahren zurück. Die Entspannung und Annäherung zwischen Vereinten Staaten und Volksrepublik China übten auch auf das Machtverhältnis zwischen Großmächten in Nordostasien große Wirkung aus: Das bis dahin einfachen und bipolaren System wurde zu einem noch komplexeren und multipolaren Struktur. Mit der Veränderung sicherheitspolitischer Umwelt musste Südkorea nun seine außenpolitische Priorität neu bewerten lassen. Damit begann sich die südkoreanische Politik, die bis dahin die Kontakte mit den kommunistischen Ländern streng abgelehnt hat, zu verändern. Neben dem Versuch des direkten Dialoges und der Annäherung zwischen beiden Koreas ließ südkoreanische Regierung durch mehrere Erklärungen seit 1971 ihr Interesse an diplomatischen Beziehungen zu den kommunistischen Ländern erkennen. Seither bemühte sich Südkorea um irgendeine Beziehung zur Sowjetunion und China.⁹⁶ Zwar konnte es zur substantiellen Kontaktaufnahme auf der Regierungsebene nicht gelangen, aber gab es viele Kontakte zwischen Südkorea und den beiden kommunistischen Großmächten in den 70er und 80er Jahren auf den Zivilebenen wie Sports, Wissenschaft und Handel.⁹⁷

Der Auftritt Gorbatschows und die Veränderung internationaler Konstellation durch seine Reform- und Öffnungspolitik gab der südkoreanischen „Nordpolitik“ eine neue Schubkraft. Ihr Ziel sei nicht nur die Diversifikation der südkoreanischen Handelspartner, sondern auch, den Frieden und die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel sicherzustellen. In diesem Kontext wurde die Nordpolitik mit Beginn der 6. Republik

⁹⁵ Die Gesamtpolitik gegenüber den kommunistischen Ländern, Nordkorea, China, Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern nennt man die Nordpolitik. Der Begriff „Nordpolitik“ oder „bukbang jeongchaek“ auf koreanisch kam zum ersten Mal vom damaligen Außenminister Lee Bum-Suk bei einem Vortrag an der „National Defence University“ im 1983 im Bezug auf das Vorbild der westdeutschen Ostpolitik zu sprechen. Dabei betonte er die Notwendigkeit für gute nachbarschaftliche Beziehungen zu China und Sowjetunion, um innerkoreanische Beziehungen zu verbessern und den Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu erhalten. dazu siehe Park, Sang-Saek: Northern Diplomacy and Inter-korea Relation, in: Korea and World Affairs, Vol. 12, No. 4, Winter 1988, S. 707; Donga Ilbo vom 30. Juni 1983.

⁹⁶ Armstrong, Charles K.: Southkorea's Northern Policy, in: The Pacific Review, Vol. 3, No. 1, 1990, S. 35.

⁹⁷ Kindermann, Gottfried-Karl: Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik, München 1994, S. 175.

Südkorea – die Regierung Roh Tae Woo – neu gestaltet und Roh stellte die Nordpolitik im Mittelpunkt seiner Außenpolitik. Im Jahr 1988 machte er durch die „Erklärung vom 7. Juli“ wiedervereinigungs- und außenpolitische Grundsätze seiner Regierung bekannt. Anschließend in einer Rede vor der UN-Generalversammlung im Oktober des gleichen Jahres bekräftigte er seine außenpolitische Position für die friedliche Lösung der Koreafrage. Wobei appellierte er an die westlichen Staaten zur Verbesserung ihrer Beziehungen zu Nordkorea, und gleichzeitig erklärte er die Bereitschaft seiner Regierung, diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und China sowie zu anderen kommunistischen Staaten Osteuropas aufzunehmen.

Die Seoul-Olympiade⁹⁸ war ein wichtiger Meilenstein für die Durchführung südkoreanischer Nordpolitik. Diese Olympiade war nicht nur die größte in der olympischen Geschichte, sondern auch schaffte sie die erste Gelegenheit seit 12 Jahren, die ideologischen, religiösen und politischen Barrieren zu überwinden. Trotz des Boykott-Aufrufs Nordkoreas gegen Olympischen Spielen in Seoul nahmen unter anderem Sowjetunion und alle ihrer osteuropäischen Verbündeten an diesen olympischen Spielen teil, was einen Wendepunkt für südkoreanische Beziehungen zum Ostblock darstellte. Seit der Seoul-Olympiade nahmen die Kontakte zwischen den sozialistischen Staaten dramatisch zu. Ungarn war das erste Land aus den Ostblockstaaten, das offizielle Beziehungen zu Südkorea aufgenommen hat. Im Februar 1989 kamen die beiden Länder zur Vereinbarung über die Errichtung diplomatischer Beziehungen. In folgenden Monaten folgten Tschechoslowakei, Bulgarien, und Rumänien.⁹⁹Südkoreanische Regierung nahm weiter die offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Polen im September und zu Jugoslawien im Dezember 1989 auf.

Intensive diplomatische Bemühungen Südkorea um die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und China startete im Sommer 1988, indem Roh seinen Assistent Park Chul-Un nach Moskau im August 1988 schickte.¹⁰⁰ Schon am 16. September signalisierte der Generalsekretär Michael Gorbatschow auf seiner Rede in Krasnojarsk, eine Stadt in Ostsibirien, die Bereitschaft Moskaus zum Errichten wirtschaftlicher Beziehun-

⁹⁸ Die 24. Olympiade fand in Seoul vom 17. September bis zum 2. Oktober 1988 mit 13,303 Sportlern aus 160 Ländern statt.

⁹⁹ Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea: *oekyo baekseo* (Weißbuch über die Außenpolitik), Seoul 1990, S. 54-62.

¹⁰⁰ Park, Chul-Un: *uri ui immu wa bukbang jeongchek* (Unsere Aufgabe und die Nordpolitik), in: *Journal of Political Culture*, No. 18 (August-September 1990).

gen zu Südkorea. Aus Anlass der Teilnahme an der Seoul-Olympiade gewann Sowjetunion neue Einsicht von Korea und damit entwickelten sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten sehr schnell. Im April 1989 vereinbarte sich eine Einrichtung des Vertretungsbüros für Handel zwischen der „Korea Trade Promotion Corporation“ (KOTRA) und dem „Soviet Chamber of Commerce in Moscow“. Im November desselben Jahres gelangten die Außenministerien beider Länder zum Übereinstimmung über konsularische Beziehungen.

Eine wichtigste Errungenschaft südkoreanischer Nordpolitik kam mit einer gemeinsamen Erklärung von dem südkoreanischen Außenminister, Choi Ho-Joong, und seinem sowjetischen Partner, Eduard Schewardnadse, in New York am 30. September 1990.¹⁰¹ In dieser Erklärung verkündigten die beiden Seiten, eine vollständige diplomatische Beziehung zwischen Seoul und Moskau abzuschließen.

Nordpolitik Südkoreas erreichte einen Höhepunkt mit dem Gipfeltreffen zwischen Roh und Gorbatschow. Der Präsident Roh besuchte Moskau im Dezember desselben Jahres und unterschrieb eine gemeinsame „Declaration of General Principles on Relations between the Republic of Korea and the Union of Soviet Socialist Republics“.¹⁰² Durch das Gipfel und die Moskauer Deklaration bestätigten die beiden Länder, dass sich Seoul und Moskau gemeinsam um die friedliche Lösung koreanische Frage bemühen werden. Hierbei sieht man eine Abwendung russischer Politik, die anders als früher gegenüber den beiden koreanischen Teilstaaten „eine Haltung der Äquidistanz „ darstellen soll.¹⁰³

Gleichzeitig kamen auch die Beziehungen zwischen Südkorea und China mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit zur raschen Entwicklung. Das Gesamtvolumen des Handels zwischen Südkorea und China erreichte bereits 1990 einen Wert von 3.8 Milliarden US-Dollar. Im Vergleich zum Handel zwischen Südkorea und Sowjetunion (0.8 Milliarden US-Dollar) machten die Beziehungen zwischen Südkorea und China im Handelsbereich größeren Fortschritt als die Beziehungen zwischen Südkorea und Sowjetunion. Die beiden Länder vereinbarten sich über die Errichtung südkoreanischer und chinesischer Handelsvertretung im Oktober 1990. Südkorea richtete die Handelsvertretung in

¹⁰¹ Für einen ganzen Text von „Korea-USSR Joint Communiqué“ auf englisch, siehe Korean Journal of International Affairs, vol. XXI. no. 4 (Winter 1990), S. 587-88.

¹⁰² Für die Text der Moskau-Deklaration, siehe Korea Times vom 15. Dezember 1990

¹⁰³ Kinderman, Gottfried-Karl: a. a. O., S. 177ff.

Beijing am 30. Januar 1991 ein und nahm endlich diplomatische Beziehungen zu China im August 1992 auf.

2.1.4 Doppelte Mitgliedschaft der beiden Koreas in der UNO

UNO-Mitgliedschaft Südkoreas war unmittelbare Folge der südkoreanischen sog. „Nordpolitik“, die von der Regierung Roh Tae-Woo aktiv betrieben worden war.

Die aktive Politik zur UNO-Mitgliedschaft geht von der Sondererklärung vom 07. Juni 1988 des damaligen Präsidenten Roh aus. Dabei machte er klar, dass die südkoreanische Regierung die verschwenderische Konfrontation und den diplomatischen Wettbewerb zwischen Süd und Nord beenden und Nordkorea unterstützen werde, damit Nordkorea zur internationalen Gesellschaft förderlich beitragen kann. Damit erklärte er sein Wille, Nordkorea zur Öffnung und zur Teilnahme als ein verantwortliches Mitglied an der internationalen Gesellschaft zu führen und in Hinsicht auf den Beitrag zu der Stabilität Nordostasiens und dem Weltfrieden die UNO-Mitgliedschaft Süd- und Nordkoreas zu fördern. Südkoreanische Politik zur UNO-Mitgliedschaft kam nun aktiv im Gang, indem ihre Realisierungsmöglichkeit immer wahrscheinlicher wurde, nachdem die südkoreanische Regierung die diplomatische Beziehung zu Sowjetunion im September 1990 hergestellt und die Einrichtung einer Handelsvertretung mit China vereinbart hatte.

Schon auf dem Moskauer Gipfeltreffen zwischen Südkorea und Sowjetunion im Dezember 1990 zeigte Gorbatschow sein Verständnis für stufenweise und allmähliche Wiedervereinigungskonzeption Südkoreas. Anschließend beim Gipfel in Jeju, die größte Insel Südkoreas, am 20. April 1991 beurteilte er die nordkoreanische Vorstellung als unrealistisch, die beiden Koreas sollten mit einem gemeinsamen Sitz der UNO beitreten, und versicherte dem südkoreanischen Partner die sowjetische Unterstützung im UNO-Sicherheitsrat für südkoreanische UNO-Mitgliedschaft.

Damit wurde die Frage koreanischer UNO-Mitgliedschaft 1991 ein aktuelles Thema in Südkorea. Inzwischen äußerte südkoreanische Regierung ihren starken Willen, den Beitritt in der UNO im Jahr 1991 zu verwirklichen. Ihre Politik zur UNO-Mitgliedschaft beziele zwar vorzüglich den gleichzeitigen Beitritt der beide koreanischen Teilstaaten in

der UNO, aber wenn Nordkorea dagegen sei, werde Südkorea zuerst allein der UNO beitreten und danach Nordkorea zum Beitritt drängen. Es war eine überraschende Wende nordkoreanischer Haltung, als nordkoreanische Regierung ihre Absicht zum UNO-Beitritt in ganzem Gegensatz zu ihrer früheren Haltung, nach der sie auf gemeinsamer Sitz in der UNO unter einem Staatsnamen nach der Verwirklichung der Nord-Süd-Föderation beharrt hatte, am 28. Mai erklärte und der UNO einen Aufnahmeantrag zur Mitgliedschaft stellte. Dabei spielte das Einfluss Chinas auf Nordkorea entscheidende Rolle. In Hinsicht auf die Frage der südkoreanischen UNO-Mitgliedschaft war chinesische Haltung zu diesem Zeitpunkt einen einzigen Schlüssel, weil sich Sowjetunion schon in der Tat für südkoreanischen UNO-Beitritt entschieden hatte. Chinesische offizielle Position war, dass China den gleichzeitigen Eintritt Süd- und Nordkoreas in die UNO unterstützen, aber südkoreanischen Alleineintritt ablehnen soll. Diese chinesische Position gegenüber koreanische UNO-Mitgliedschaft wurde noch mal vom Direktor von „International Liaison Department“ der Partei Zhu Liang bestätigt. In einem Interview mit einer japanischen Presseagentur am 2. Mai, einem Tag vor dem Staatsbesuch Nordkoreas des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng, betonte er den gleichzeitigen UNO-Eintritt Süd- und Nordkoreas nachdrücklich und machte zugleich chinesische Position gegen südkoreanischen Alleingang deutlich.¹⁰⁴ Beim Gespräch in Pjöngjang bekräftigte Li Peng vermutlich die offizielle Position Chinas. Darüber hinaus signalisierte er nach Aussicht von Experten Kim Il-Sung, dass China in vielerlei Hinsicht kein Veto gegen die UNO-Aufnahme Südkoreas im UNO-Sicherheitsrat einlegen werde.¹⁰⁵ Angesicht der Tatsache hoher Wahrscheinlichkeit, dass Südkorea der UNO beitreten werde, musste es Nordkorea nichts übrig bleiben, als sie zu akzeptieren. Folglich ergriff nordkoreanische Regierung überraschend die Initiative und begründet ihre Haltungsänderung damit: Beim Alleineintritt Südkoreas in die UNO könnten die wichtigen Fragen, die auf gesamt-koreanischem Interesse beruhen, einseitig verhandelt und daraus entsetzliche Folge herbeigeführt werden. Darum sei diese Entscheidung unvermeidbar, um geeignete Maßnahmen gegen die Situation, die infolge separatistischer Machenschaft südkoreanischer Regierung geschafft würde, zu treffen.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Hanguk Ilbo vom 4. Mai 1991.

¹⁰⁵ Chung, Jong-Uk: *dongbuka jilseo wa jungil ui youkhwal* (Die Ordnung in Nordostasien und die Rolle von China und Japan), in: Korean Institute for National Unification (Hrsg.): a. a. O., S. 26ff.

¹⁰⁶ Han Young-Gu: a. a. O., S. 65; vgl. Gottfried-Karl Kindermann, a. a. O., S. 179.

Am 8. August 1991 nahm der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig die Resolution 702 an, die die UNO-Mitgliedschaft der beiden koreanischen Staaten beibehaltete. Am 17. September 1991 entschied die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Aufnahme der beiden Koreas mit den drei baltischen Staaten und den zwei kleinen pazifischen Inselstaaten als neue UNO-Mitglieder der Vereinten Nationen endgültig.¹⁰⁷ Damit wurde Korea nach Deutschland im Jahr 1973 zum zweiten Land, das aufgrund der Teilung mit einer doppelten Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen getrennt aufgenommen wurde, was noch einmal Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf der Situation koreanischer Teilung erregte.¹⁰⁸

Der UNO-Beitritt der beiden koreanischen Teilstaaten war eine Folge südkoreanischer Nordpolitik und seiner dauernden Bemühungen um friedliche Lösung der Koreafrage und hatte in Hinsicht auf die Anerkennung anderer Seite und die Vorzeigung der Möglichkeit friedlicher Koexistenz auf der koreanischen Halbinsel zweifellos große Bedeutung an sich. Es wurde auch erwartet, dass der UNO-Beitritt der beiden Koreas die Spannung auf der koreanischen Halbinsel lindert, zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens beiträgt und als ein Dialogkanal zwischen beiden Seiten für friedliche Wiedervereinigung funktioniert.

2.2 Das Grundlagenabkommen zwischen Süd- und Nordkorea

2.2.1 Vertragswerke zwischen beiden Koreas

Die weltpolitischen Veränderungen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahren einschließlich der deutschen Einheit wirkten sich auch auf die innerkoreanischen Beziehungen aus. Parallel mit der erfolgreichen Nordpolitik machte die südkoreanische Regierung ihrerseits andauernd alle Bemühungen, um stockende innerkoreanische Dialoge wieder in Gang zu bringen. 1989 nahmen die beiden Seiten die innerkoreanischen Ge-

¹⁰⁷ Nordkorea als 160. Mitglied und Südkorea als 161. Mitglied treten der UNO mit den drei baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen) und den zwei pazifischen Inselstaaten (Republik Marshallinsel und Föderierte Staaten von Mikronesien) bei.

¹⁰⁸ Kindermann, Gottfried-Karl: a. a. O., S. 179f.

sprache auf der Regierungsebene einschließlich der Gespräche zwischen den süd- und nordkoreanischen Rot-Kreuz-Organisationen wieder auf, die fast vier Jahre lang unterbrochen waren.¹⁰⁹

Nachdem der damalige Ministerpräsident Südkoreas, Kang Young-Hoon, die Gespräche auf der Ebene der Ministerpräsidenten vorgeschlagen hatte, fand die erste historische Gesprächsrunde auf der Ebene der Ministerpräsidenten nach der Vereinbarung beider Seiten, die beim vorbereitenden Treffen am 26. Juli 1990 erreicht wurde, am 4. September 1990 in Seoul statt. Die Delegationen beider Seiten, die von den Ministerpräsidenten angeführt wurden, trafen sich zum ersten Mal offiziell seit 45 Jahren nationaler Teilung. Unabhängig von allem, was diese Gespräche inhaltlich erreichten, war die Tatsache, dass sie überhaupt zustande kamen, von großer Bedeutung für die innerkoreanischen Beziehungen. Aber infolge der ROK-USA gemeinsamen militärischen Übung, genannt „Team Spirit“, gerieten die innerkoreanischen Beziehungen bald in eine Sackgasse. Nordkorea kündigte die Verschiebung der vierten Gesprächsrunde auf der Ebene der Ministerpräsidenten auf unbestimmte Zeit an, die eigentlich in Pjöngjang für den 25. Februar 1991 angesetzt war. Später plante Nordkorea zwar die aufgeschobene vierte Runde für den 27. August 1991, aber anlässlich eines Putschs, der sich in Moskau am 19. August ereignete, schob Nordkorea die Gespräche noch einmal auf. Die vierte Gesprächsrunde zwischen den Ministerpräsidenten kam endlich in Pjöngjang im Oktober 1991 zustande. Dabei machte der südkoreanische Ministerpräsident Chung Won-Sik hinsichtlich der Angst der nordkoreanischen Seite vor einem Wiedervereinigungsprozess nach deutschem Muster¹¹⁰ den südkoreanischen Standpunkt klar: Südkorea habe keine Absicht, die Wiedervereinigung durch Absorbierung zu erreichen, sondern wolle eine friedliche Wiedervereinigung durch Dialog und Zusammenarbeit. Dazu wies er noch einmal auf den südkoreanischen Wiedervereinigungsvorschlag „Koreanisches Commonwealth“ hin.¹¹¹ Und in einem kühnen Schachzug, einen Durchbruch in den Gesprächen zu erreichen, machte die südkoreanische Seite einen Vorschlag für einen Grundlagenvertrag – ein umfassendes Dokument in bezug auf eine ganze Reihe von innerkoreanischen Fragen, wie Aussöhnung, Nichtangriff und Austausch und Zusam-

¹⁰⁹ Im Januar 1986 kündigte Nordkorea aufgrund „1986 Team Spirit“ (ROK-U.S. gemeinsame militärische Übung) die Verschiebung aller Dialoge zwischen beiden Seiten an.

¹¹⁰ In seiner Neujahrrede vom 1. Januar 1991 sprach Kim Il-Sung in Hinsicht auf die deutsche Einheit: „Eine koreanische Wiedervereinigung nach deutschem Muster komme für Korea nicht in Frage. Der Norden Koreas dürfe systemisch nicht vom Süden absorbiert werden, umgekehrt wolle der Norden den Süden nicht kommunistisch machen.“, zitiert nach Kinderman, Gottfried-Karl: a. a. O.; S. 185.

¹¹¹ Kinderman, Gottfried-Karl: a. a. O., S. 185.

menarbeit. Bei der fünften Gesprächsrunde in Seoul einigten sich die Ministerpräsidenten beider Seiten am 13. Dezember 1991 über „das Abkommen über Aussöhnung, Nichtangriff und Austausch und Zusammenarbeit zwischen Süd und Nord“, was einen wichtigsten Einschnitt in der Geschichte innerkoreanischer Dialoge und Beziehung markierte.

Nachdem der Präsident Südkoreas, Roh Tae-Woo, am 8. November 1991 eine Initiative zur Entnuklearisierung und Abrüstung auf der koreanischen Halbinsel verkündigt hatte, erklärte er einen Monat später – genau am 18. Dezember, dass Kernwaffen in Südkorea nicht existieren sollten. Am 26. Dezember desselben Jahrs unterschrieben Süd- und Nordkorea vorläufig die „gemeinsame Deklaration der Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel“¹¹².

Bei der sechsten Gesprächsrunde zwischen den Ministerpräsidenten, die vom 18.-21. Februar 1992 in Pjöngjang stattfand, wurden nicht nur das „Abkommen über Aussöhnung, Nichtangriff und Austausch und Zusammenarbeit zwischen Süd und Nord“ (auch bekannt als das Grundlagenabkommen), sondern auch eine „Gemeinsame Deklaration der Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel“ sowie ein „Abkommen über die Organisation und Arbeit der Komitees für innerkoreanische Gespräche auf der Ebene der Ministerpräsidenten“ unterzeichnet und in Kraft gesetzt. Anschließend, wie in dem Grundlagenabkommen und der gemeinsamen Deklaration vereinbart, folgte eine Serie von Verhandlungen, um sich über die Einzelheiten ihrer Ausführung und Befolgung zu

¹¹² Diese gemeinsame Deklaration hat folgende Inhalte:

1. South and North Korea shall not test, manufacture, produce, receive, possess, store, deploy or use nuclear weapons.
2. South and North Korea shall use nuclear energy solely for peaceful purposes.
3. South and North Korea shall not possess nuclear reprocessing and uranium enrichment facilities.
4. In order to verify the denuclearization of the Korean peninsula, South and North Korea shall conduct inspections of particular subjects chosen by the other side and agreed upon between the sides, in accordance with the procedures and methods to be determined by the South-North Joint Nuclear Control Commission.
5. In order to implement this joint declaration, South and North Korea shall establish and operate a South-North Joint Nuclear Control Commission within one month of the entry into force of this joint declaration.
6. This joint declaration shall enter into force from the date the South and the North exchange the appropriate instruments following the completion of their respective procedures for bringing it into effect.

Für die Text dieser gemeinsamen Deklaration siehe <http://www.unikorea.go.kr>.

verständigen. Vom März 1992 an begannen verschiedene Organe – das politische Komitee, das militärische Komitee, das Komitee für Austausch und Zusammenarbeit und die Kommission für gemeinsame nukleare Kontrolle, die durch den Grundlagenabkommen und die gemeinsamen Deklaration eingeführt wurden, die Gespräche. Anlässlich einer siebten Gesprächsrunde in Seoul am 5. Mai 1992 bestätigten die beiden Ministerpräsidenten offiziell die Vereinbarungen über die Arbeit des militärischen Komitees und des Komitees für Austausch und Zusammenarbeit sowie die Vereinbarungen über die Arbeit eines Verbindungsbüros in Panmunjom. Außerdem stimmten die beiden Seiten auch darüber überein, ein Aussöhnungskomitee zu bilden und zu führen. In dem Gefolge der siebten Gesprächsrunde kamen die verschiedenen Komitees zusammen, um die Zusatzvereinbarungen für die ausführliche Ausführung des Grundlagenabkommen zu verhandeln. Bei der achten Gesprächsrunde zwischen den Ministerpräsidenten Süd- und Nordkoreas, die in Pjöngjang am 17.-18. September 1992 stattgefunden hatte, wurden die auf Aussöhnung, Nichtangriff und Austausch und Zusammenarbeit beruhenden drei Zusatzvereinbarungen (Zusatzprotokolle) aufgenommen und vier innerkoreanische gemeinsame Kommissionen - innerkoreanische gemeinsame Kommission für wirtschaftlichen Austausch und Zusammenarbeit, innerkoreanische gemeinsame Kommission für sozialen und kulturellen Austausch und Zusammenarbeit, innerkoreanische gemeinsame Militärkommission und innerkoreanische gemeinsame Aussöhnungskommission - auch eingerichtet, um das Grundlagenabkommen und seine drei Zusatzabkommen in die Praxis umzusetzen.

Damit kam eine Reihe von Vertragswerken zwischen beiden Seiten zu Ende, indem das Grundlagenabkommen, die gemeinsame Deklaration über der Entnuklearisierung und drei Zusatzprotokolle des Grundlagenabkommens bis zum September 1992 unterzeichnet wurden und in Kraft traten. Das war ein erster großer Schritt zur friedlichen Überwindung der nationalen Teilung nach fast 50 Jahren.

2.2.2 Inhalte des Grundlagenabkommen zwischen Süd und Nord

Das Grundlagenabkommen besteht aus einer Präambel und 25 Artikeln in 4 Kapiteln: Aussöhnung zwischen Süd und Nord (Kapitel 1), Nichtangriff (Kapitel 2), Austausch

und Zusammenarbeit zwischen Süd und Nord (Kapitel 3) und Abänderung und Inkrafttreten (Kapitel 4).

In der Präambel machen die beiden Seiten klar, dass das Abkommen nicht den Charakter eines Staatsvertrags, eines Abkommen zwischen den Staaten, sondern eine Sondervereinbarung sei.

„Recognizing that their relationship, not being a relationship as between states, is a special constituted temporarily in the process of unification...“¹¹³

Damit entgeht das Abkommen der Dauerhaftigkeit der Teilung und spiegelt den Willen zu nationaler Wiedervereinigung wider.¹¹⁴

Beiden Vertragsparteien betonten auch nachdrücklich ihren Willen zur friedlichen Wiedervereinigung und die Absicht, die Situation politischer und militärischer Konfrontation zu beenden und nationale Aussöhnung zu erreichen, bewaffnete Aggression und Feindschaft zu vermeiden und die Entspannung und den Frieden zu sichern und vielseitigen Austausch und Zusammenarbeit zu realisieren, um gemeinsame Interessen und den Wohlstand der koreanischen Bevölkerung zu fördern.

Kapitel 1 stellt praktische Aufgaben für gegenseitige Aussöhnung und Vertrauensbildung dar: Die beiden Seiten sollen das politische und soziale System der anderen Seite gegenseitig respektieren und anerkennen (Art. 1). Sie sollen sich in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite nicht einmischen (Art. 2). Damit sollen gegenseitige Beschimpfungen und Verleumdungen beendet (Art. 3) und jeder Akt, der auf die Zerstörung und den Sturz der anderen Seite zielen soll, eingestellt werden (Art. 4). Sie sollen sich auch darum bemühen, den gegenwärtigen Waffenstillstand in einen dauerhaften Friedenszustand zu verwandeln (Art. 5). In diesem Zusammenhang soll ein Süd-Nord-Verbindungsbüro zur engen Verbindung und Rücksprache zwischen den beiden Seiten in Panmunjom eingerichtet (Art. 7) und ein innerkoreanisches politisches Komitee, um

¹¹³ Für den ganzen Text des Grundlagenabkommens siehe Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea (Hrsg.): *tongil baekseo 1992* (Weißbuch über die Wiedervereinigung 1992) und für den englischen Text siehe Pfennig, Werner (Ed.): *United We Stand – Divided We Are. Comparative Views on Germany and Korea in the 1990s*, Hamburg 1997, S. 391-393.

¹¹⁴ Ministerium der nationalen Wiedervereinigung Republik Korea (1992), S. 116.

die Durchführung und Befolgung des Abkommens über innerkoreanische Aussöhnung zu sichern, gebildet werden (Art. 8).

Kapitel 2 sieht den festen Willen der beiden Seiten zum Nichtangriff und konkrete praktische Schritte zu seiner Ausführung vor: Die beiden Seiten versichern einander, keine Gewalt gegen die andere Seite anzuwenden (Art. 9) und alle Probleme zwischen den beiden Koreas durch Dialog und Verhandlung zu lösen (Art. 10). Um den Nichtangriff zu erfüllen und zu garantieren, soll ein gemeinsames Süd-Nord-Militär-Komitee innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Abkommens gebildet werden, wo die Probleme diskutiert und die Schritte zur gegenseitigen militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen und zu Realisierung der Abrüstung – insbesondere gegenseitige Information und Kontrolle über die Bewegung großer Truppeneinheiten und die großen militärischen Übungen, friedliche Nutzung der entmilitarisierten Zone, Austausch militärischer Personen und Informationen, stufenweise Abrüstung durch die Verringerung und Beseitigung der Massenvernichtungswaffen (WMD) – verhandelt werden sollen (Art. 12). Dazu soll eine direkte Telefon-Verbindung zwischen beiden militärischen Behörden eingerichtet werden, um Ausbruch und Eskalation zufälliger bewaffneter Konflikte zu verhindern (Art. 13).

Kapitel 3 beinhaltet umfassende praktische Maßnahme über friedliche Koexistenz und Austausch zwischen Süd und Nord: Wirtschaftlicher Austausch und Zusammenarbeit einschließlich der gemeinsamen Erschließung der Ressourcen und des Warenhandels soll ausgeführt werden, um die integrierte und ausgeglichene Entwicklung nationaler Wirtschaft und Wohlfahrt zu fördern (Art. 15). Auch in den Bereichen wie Wissenschaft, Technik, Bildung, Literatur, Gesundheit, Sport, Umwelt usw. sollen Austausch aktiv durchgeführt und Zusammenarbeit gefördert werden (Art. 16). Die Freiheit innerkoreanischer Reise und die Kontakte zwischen beiden koreanischen Bevölkerungen soll gewährleistet werden (Art. 17) und der Post- und Telekommunikationsverkehr werde aufgenommen (Art. 20). Gleichzeitig mit der Eröffnung der Schiff- und Luftfahrtlinie werde auch die Straßen- und Eisenbahnverbindung wiederhergestellt (Art. 19). Vor allem einigten sich die beiden Parteien auf die Zusammenführung der getrennten Familien und ihren gegenseitigen Besuch (Art. 18).

Das Grundlagenabkommen war von besonderer Bedeutung in Hinsicht darauf, dass es ein erstes offizielles Abkommen war, das durch öffentliche Verhandlung zwischen den beiden Behörden unter der Leitung der Ministerpräsidenten Süd- und Nordkoreas aufgenommen und in Kraft gesetzt wurde.¹¹⁵ Auch dass die beiden Seiten durch formelle Beschreibung der Staatsbezeichnung ihren unterschiedlichen politischen Charakter anerkannten und zur konkreten Vereinbarung über die Fixierung des Friedens und den Austausch zwischen Süd und Nord gelangten, kann als bedeutend bewertet werden.

Aber die Abkommen konnten aufgrund der differenten Vorbedingungen der beiden Seiten nicht in die Tat umgesetzt werden. Während Nordkorea als Voraussetzung der Durchführung des Grundlagenabkommens „Abzug der US-Truppen in Südkorea, Realisierung der Abrüstung, Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel, Einstellung der „Team Spirit“ Übung und Abschaffung der nationalen Sicherheitsgesetze in Südkorea usw. verlangte, forderte Südkorea seinerseits die Kontrolle nordkoreanischer Nuklearanlagen, als Nordkorea in Verdacht über Atomwaffenprogramm kam. Angesichts beiderseitiger unnachgiebiger Haltung wurden schließlich die vorgesehene Eröffnung der 4 gemeinsamen Komitees und die für Dezember angesagte neunte Gesprächsrunde auf der Ebene der Ministerpräsidenten aufgehoben.

2.3 Nordkoreanische Nuklearfrage und Leichtwasserreaktor-Projekt

2.3.1 Hintergrund des nordkoreanischen Nuklearprogramms

Seit den 1950er Jahren hat Nordkorea seine nukleare Energieindustrie mit sowjetischer Unterstützung entwickelt. In den 80er Jahren begann es heimlich, einen nuklearen Komplex in Youngbyon zu bauen. Nach sowjetischer Überredung trat Nordkorea zwar dem „Non Proliferation Treaty (NPT)¹¹⁶“ am 12. Dezember 1985 bei. Aber Nordkorea

¹¹⁵ Ministerium der nationalen Wiedervereinigung Republik Korea(1992), S. 114.

¹¹⁶ Das Abkommen, auch „Atomwaffensperrvertrag“ oder „Nichtverbreitungsvertrag“ genannt, ist eines der wichtigsten der internationalen Rüstungskontrolle. Der NPT, der im Jahr 1968 erstmals zu Unterschrift ausgelegt wurde und 1970 in Kraft getreten war, ist ein Versuch, die nuklearen Machtverhältnisse festzuschreiben, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausbildeten. Nach diesem Vertrag dürften nur die fünf offiziellen Atomkräfte (die Vereinigten Staaten, Russland, China, Frankreich

baute weiterhin den nuklearen Komplex (Kernkraftwerk) in Youngbyon und ignorierte die Bedingungen vom NPT, ein „nuclear safeguard agreement“ mit der „International Atomic Energy Agency (IAEA)¹¹⁷“ zu unterschreiben. Das nordkoreanische nukleare Programm erregte internationale Aufmerksamkeit Ende 1989, als ein französischer kommerzieller Satellit eine Anlage in Youngbyon aufnahm. Das Bild bestätigte, dass die Anlage bereits einen nuklearen Reaktor und eine nukleare Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb hatte. Diese Offenbarung führte die Vereinigten Staaten und die internationale Gemeinschaft zu einer Aktion, Nordkorea davon abzuhalten, durch die Nutzung dieser Anlage Nuklearwaffen zu erzeugen. Im Januar 1992 unterzeichnete Nordkorea endlich ein „nukleares Safeguard-Abkommen“ mit der IAEA.

Nordkorea stand in Verdacht, dass es geheim Atombomben entwickeln könnte, als ernsthafte Unstimmigkeiten zwischen den Daten, die der IAEA von Nordkorea vorgelegt wurden, und der Feststellungen durch die Inspektion über die nordkoreanische Nuklearanlage, die auf den nuklearen Sicherheitsvertrag beruht, entdeckt wurde. Im Mai meldete sich Nordkorea bei der IAEA, dass es eine kleine Menge Plutonium aus seinen Anlagen nur einmal herausgezogen habe. Aber infolge der IAEA-Inspektionen, die in demselben Monat durchgeführt wurden, wurde festgestellt, dass der Norden das Material mehrmals und eine größere Menge als gemeldet ausgezogen haben soll. Um diese Diskrepanzen zu erläutern, verlangte die IAEA Sonderinspektionen. Somit erhöhte sich internationale Spannung und Besorgnis, indem Nordkorea mit einem starken Protest den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag im März 1993 verkündigte.

und Großbritannien) Atomwaffen besitzen und haben sich verpflichtet, an keinen anderen Staat Atomwaffen weiterzugeben oder bei deren Herstellung Hilfe zu leisten. Länder, die keine Atomwaffen besitzen, verzichten mit ihrem Beitritt zum Vertrag auf den Erwerb oder die Herstellung dieser Waffen. Dafür wird ihnen Unterstützung bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zugesagt. Bisher sind 187 Staaten dem Vertrag beigetreten. Ziel des Abkommens ist es, die Weiterverbreitung von Atomwaffen einzudämmen. Zu diesem Zweck wurde die Gültigkeit des Vertrages 1995 sogar unbefristet verlängert.

¹¹⁷ Die Internationale Atomenergiebehörde war 1957 als autonome Organisation im UN-System mit Sitz in Wien gegründet. Ihrem offiziellen Auftrag nach ist sie eine Wissenschafts- und Technologieorganisation, die ihren derzeit 134 Mitgliedstaaten bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie behilflich sein soll. Da geht es in erster Linie um die Stromerzeugung, vor allem der Technologie- und Wissenstransfer in die Dritte Welt spielt eine wichtige Rolle. Darüber hinaus ist die IAEA an der Entwicklung von Sicherheitsstandards für Nuklearanlagen beteiligt, und sie soll den Schutz von Mensch und Umwelt vor ionisierender Strahlung fördern. Ihre Inspektionstätigkeit im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages ist eine ihrer wichtigen Aufgaben. In allen Ländern außer den fünf offiziellen Atommächten, soweit sie Mitglied des Nichtverbreitungsvertrages sind, überprüft die IAEA regelmäßig Atomanlagen und nukleares Material, um zu gewährleisten, dass dort keine Atomwaffen entwickelt oder gebaut werden.

Obwohl Nordkorea in der „gemeinsamen Deklaration der Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel“ vereinbart hatte, keine nukleare Wiederaufbereitungsanlage sowie keine Urananreicherungsanlage zu besitzen, hat es eine derartige nukleare Wiederaufbereitungsanlage besessen und betrieben. Unter anderem die Tatsache, dass Nordkorea mit der Unterschrift unter den nuklearen Sicherheitsvertrag gezögert und die Forderung der IAEA auf Sonderinspektionen energisch verweigert hat, erhöhte den internationalen Verdacht.

Die Südkoreanische Regierung glaubte, dass zur gründlichen Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage die vergangenen, gegenwärtigen und künftigen nuklearen Aktivitäten Nordkoreas transparent sein müssten. Daher versuchte sie Nordkorea zu überreden, in den NTP zurückzukehren, alle seine Safeguard-Verpflichtungen gegenüber der IAEA einschließlich der Sonderinspektionen zu erfüllen und die Vereinbarung von 1992 mit Seoul über die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel in die Tat umzusetzen.

Aber trotz der dauernden diplomatischen Bemühungen Südkoreas und der internationalen Gemeinschaft hielt Nordkorea an seiner hartnäckigen Haltung fest. Somit beschloss die IAEA am 31. März 1993, den Streit über das nordkoreanische Nuklearprogramm an den UN-Sicherheitsrat zu verweisen. Damit enthielt die nordkoreanische Nuklearfrage durch ihren Verweis an den UN-Sicherheitsrat noch größere internationale Aufmerksamkeit. Durch die Annahme der Resolution 825 am 11. Mai 1993 forderte der UN-Sicherheitsrat Nordkorea zur Rückkehr in den NTP und zur Erfüllung des nuklearen Sicherheitsabkommens auf und rief alle UN-Mitgliedländer zur Bemühung um die Lösung. Nordkorea sah den nuklearen Streit als eine Chance, die Vereinten Staaten zum Gespräch zu zwingen. Darum lehnte es Südkorea als Gesprächspartner ab und bestand auf direkten Verhandlungen mit den USA.

Vor diesem Hintergrund hatten Südkorea und die USA ein Gipfeltreffen in Washington im November 1993 und kamen zu einer Übereinstimmung darüber, dass die nordkoreanische nukleare Krise möglicherweise durch Gespräche gelöst werden könnte. Die beiden Seiten einigten sich auf eine enge Zusammenarbeit bei ihren Bemühungen um die Lösung nordkoreanischer Nuklearfrage. Die USA und Nordkorea eröffneten bald die erste Verhandlung in New York vom 2. Juni-11. Juni 1993 und gaben eine „gemeinsame Erklärung“ am 11. Juni 1993 ab, wonach Nordkorea den Austritt aus dem NTP vo-

rübergehend zurücknimmt und künftig die Frage durch Verhandlungen löst.¹¹⁸ Anschließend diskutierten die beiden Seiten auf der zweiten Verhandlungsrunde in Genf vom 14. Juli–19. Juli 1993 über die Frage der Lieferung des Leicht-Wasser-Reaktors und vereinbarten, Verhandlung mit der IAEA sowie Gespräche zwischen beiden Koreas so bald wie möglich zu beginnen. Ein Durchbruch kam beim Kontakt auf der Ebene der Arbeitsgruppe zwischen Nordkorea und den USA am 29. Dezember 1993, so dass die beiden Seiten zur Übereinstimmung über die vier Maßnahmen für die Lösung des nordkoreanischen Nuklearproblems gelangten. Sie beinhalten¹¹⁹:

- Wiederaufnahme der IAEA-Inspektionen der nordkoreanischen Nuklearanlage, um die Kontinuität der nuklearen Sicherheitsmaßnahmen zu sichern;
- Wiederaufnahme der Gespräche auf der Ebene der Arbeitsgruppe zwischen Süd- und Nordkorea, um über den Austausch der Sondergesandten zu diskutieren;
- Einstellung von „Team Spirit 94“, einer jährlichen gemeinsamen Truppenübung Südkoreas und der USA;
- Eröffnung der dritten Gesprächsrunde zwischen Nordkorea und der USA in Genf am 21. März 1994.

Trotz dieser Vereinbarungen verweigerte Nordkorea den Zugang zu einigen Hauptanlagen, als die IAEA-Inspektoren Nordkorea im März 1994 besuchten. Aufgrund der Äußerung der nordkoreanischen Seite, Seoul in ein „Flammenmeer“ zu verwandeln, wurde die am 19. März 1993 eröffnete Verhandlung über den Austausch der Sondergesandten auch abgebrochen und damit stoßen die Bemühungen um die Lösung des nordkoreanischen Nuklearkonfliktes wieder auf Schwierigkeiten. Die IAEA eröffnete am 21. März 1994 eine Sondersitzung und drängte Nordkorea zu einer vollständigen Erfüllung des „nuklearen Safeguard-Abkommens“. Am 31. März 1994 forderte der UN-Sicherheitsrat die Nordkorea zur Einwilligung in IAEA-Inspektionen und Aufnahme eines innerkoreanischen Dialoges auf. Nachdem der UN-Sicherheitsrat in den nuklearen Streit eingegriffen hatte, wurden die Sanktionen gegen Nordkorea ernstlich diskutiert. Darauf reagierte Nordkorea mit einer Drohung, sich vollkommen vom Atomwaffensperrvertrag

¹¹⁸ Der amerikanische Sondergesandte Robert Gallucci und der Vizeaußenminister Nordkoreas führten beide Delegationen und unterzeichneten diese gemeinsame Erklärung.

¹¹⁹ Hankook Ilbo vom 30. Dezember 1993; Ministerium nationaler Wiedervereinigung Republik Korea(2003), S. 278.

zurückzuziehen. Die Machtprobe erhöhte weiter die Spannung auf der koreanischen Halbinsel. Schließlich kündigte das Außenministerium Nordkoreas den Austritt aus der IAEA am 13. Juni 1994 an und erklärte, dass Nordkorea es als eine Kriegserklärung betrachten würde, wenn die Vereinten Nationen gegen Nordkorea die Sanktionen verhängen sollten.

2.3.2 Das nukleare Rahmenabkommen zwischen Nordkorea und den USA in Genf

Während mit der steigenden Spannung auf der koreanischen Halbinsel der UN-Sicherheitsrat über die Sanktionen nachdachte, besuchte der amerikanische Expräsident Jimmy Carter beide Koreas vom 13. Juni-18. Juni 1994, um die nukleare Konfrontation beizulegen und den möglichen bewaffneten Konflikt abzuwenden. Bei den Gesprächen mit Carter äußerte der nordkoreanische Staatschef Kim Il-Sung seine Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen zwischen beiden koreanischen Staaten und einem Gespräch mit den USA, um über die nukleare Krise zu diskutieren. Dementsprechend hatten die beiden Koreas vorbereitende Kontakte. Am 16. Juni 1994 schlugen die USA drei Bedingungen für die Wiederaufnahme der Gespräche mit Nordkorea vor¹²⁰:

- the North must not refuel its 5Mwe experimental nuclear reactor;
- it should not reprocess spent fuel rods;
- and it should allow IAEA to continue safeguard checks on its nuclear sites.

Da Nordkorea sich mit diesen Bedingungen am 24. Juni 1994 einverstanden erklärte, zog der UN-Sicherheitsrat die Drohung mit Sanktionen zurück und es fand am 8. Juli 1994 eine dritte Verhandlungsrunde zwischen Nordkorea und den USA in Genf statt. Aber angesichts des plötzlichen Todes des nordkoreanischen Machthabers Kim Il-Sung am selben Tag wurden die Genfer Gespräche verschoben. Das geplante innerkoreanische Gipfeltreffen konnte auch in Gang nicht kommen, Jedoch erklärte der Präsident Südkoreas Kim Young-Sam bei der Rede zum Jahrestag der nationalen Unabhängigkeit am 15. August 1994, dass Südkorea bereit sei, südkoreanisches Kapital und Technik für

¹²⁰ Korea Times vom 17. Juni 1994.

den Bau der Leichtwasserreaktoren sowie friedliche Energieentwicklung Nordkoreas zu unterstützen. Dies geschah mit der Absicht, auf der anderen Seite die Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea zu normalisieren.

Unter diesen Umständen setzten Nordkorea und die Vereinigten Staaten die dritte Verhandlung zwischen Nordkorea und den USA vom 23. September 1994 fort. Die Gespräche machten große Fortschritte und am 21. Oktober unterzeichneten schließlich die beiden Seiten ein Rahmenabkommen¹²¹ in Genf. Die wichtigste Bedeutung des Genfer Abkommens liegt darin, dass es den Grundstein zur friedlichen Lösung der nordkoreanischen Nuklearkrise legte. Nach dem Abkommen sollte Pjöngjang sein Programm zur Herstellung waffentauglichen Plutoniums aufgeben, die dazu genutzten Graphitreaktoren in Youngbyon knapp hundert Kilometer nördlich der Hauptstadt stilllegen, und dafür bis 2003 zwei vornehmlich von Südkorea und Japan zu finanzierende, für Rüstungszwecke weniger geeignete Leichtwasserreaktoren mit einer Kapazität von 2000 Megawatt (je 1000 Mwe) erhalten. Zu deren Bau sollten vier Milliarden Dollar von den Vereinigten Staaten, Südkorea, Japan und der Europäischen Union finanziert werden. Außerdem verpflichteten sich die Vereinigten Staaten, Nordkorea als Ausgleich für den Stromausfall bis zur Inbetriebnahme der neuen Atomkraftwerke jährlich 500 000 Tonnen Erdöl zu liefern, und stellten Pjöngjang den Abbau von Handelshemmnissen in Aussicht sowie die schrittweise Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Für die amerikanische Zusage, keine Kernwaffen gegen den kommunistischen Teil der koreanischen Halbinsel einzusetzen, versicherte Nordkorea seinerseits, am Atomwaffensperrvertrag festzuhalten. Das Abkommen beendete eine schwere internationale Krise, die Nordkorea 1993 mit der Aufkündigung des Atomwaffensperrvertrages ausgelöst hatte.

2.3.3 Das Leichtwasserreaktor-Projekt

Seit dem Genfer Abkommen führten Südkorea, die USA und Japan je nach Bedarf die Verhandlungen im Zusammenhang mit der Unterstützung des Baus von Leichtwasserreaktoren in Nordkorea. Folglich vereinbarten sich die drei Länder darüber, ein interna-

¹²¹ Das Rahmenabkommen besteht aus dem veröffentlichten „Agreed Framework“ und „Confidential Minute“. Für ganze Text von „Agreed Framework“ siehe <http://www.kedo.org>

tionales Konsortium, die „Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO)¹²²“ für die Lieferung und Finanzierung der Leichtwasserreaktoren am 9. März 1995 zu bilden. Die südkoreanische Regierung richtete schon ein „Planning Team to Support the Light-Water Reactor Project“ im Ministerium der Wiedervereinigung am 23. Januar 1995 ein, um eine führende Rolle in der Durchführung des Leichtwasserreaktor-Projektes zu spielen.

Gemäß der Vereinbarung des Genfer-Rahmenabkommens vom 21. Oktober 1994 fanden die Verhandlungen zwischen amerikanischen und nordkoreanischen Experten fünfmal vom November 1994 bis April 1995 statt. Bei den Verhandlungen stand die Frage über die Wahl des Reaktor-Modells und den Hauptkontrahenten im Mittelpunkt. Während die Vereinigten Staaten behaupteten, dass in politischen, finanziellen und technischen Kategorien Südkorea das einzige Land sei, das eine zentrale Rolle beim Bau des Reaktors spielen kann, argumentierte Nordkorea, dass der Bau der Reaktoren südkoreanischen Modells in Nordkorea wie die Aufstellung eines „Trojanischen Pferdes“ sei, das die Zerstörung der kommunistischen Gesellschaft Nordkoreas von innen fördern soll. Als die Verhandlungen im Stocken gerieten und die sechsmonatige Frist, die für das Erreichen einer Übereinkunft festgesetzt wurde, am 31. April 1995 abgelaufen war, griff Nordkorea auf seine typische „brinkmanship strategy“ zurück und erklärte einseitig ein Platzen in den Verhandlungen und drohte, sein nukleares Programm unter dem „Einfrieren“ wieder zu starten. Nach vielen Plänkeleien hielten die beiden Seiten Gespräche auf der Vizeministerebene in Kuala Lumpur vom 19. Mai bis 12. Juni 1995 ab. Dabei akzeptierte Nordkorea widerwillig die Realität, dass es keinen anderen Weg gebe, außer dass Nordkorea die vom Rivalen Südkorea hergestellten Leichtwasserreaktoren akzeptiert. In Kuala Lumpur bestätigten die beiden Seiten wiederum ihre politischen Verpflichtungen vom Genfer Abkommen und beseitigten entscheidende Unterschiede zwischen den Meinungen beider Seiten. Das provisorische Abkommen von Kuala Lumpur, das durch einen gemeinsamen Pressebericht veröffentlicht wurde, enthielt drei Kernpunkte:

¹²² KEDO besteht aus dem Exekutivkomitee als das höchste Entscheidungsorgan, dem Sekretariat und der Generalhauptversammlung aus allen Mitgliedsländern. Das Exekutivkomitee wird von den drei Gründungsmitgliedern (Südkorea, USA und Japan) und der EU, die als ein Mitglied des Exekutivkomitees der KEDO am 9. September 1997 beitrug. Als die allgemeinen Mitglieder schlossen sich Neuseeland, Australien und Kanada in 1995, Indonesien, Chile und Argentinien in 1996, Polen in 1997 und Tschechische Republik und Usbekistan in 1999 und 2000 der KEDO an.

- KEDO werde für das Reaktor-Projekt verantwortlich sein.
- KEDO werde das Leichtwasserreaktor-Modell aussuchen. Jeder Reaktor habe eine 1,000-Mwe-Kapazität und zwei „coolant loops“.
- KEDO und Nordkorea würden die Gespräche über andere Bedingungen zum Bau der Reaktoren fortsetzen.

Nach der Verhandlung von Kuala Lumpur begannen KEDO und Nordkorea über einen „reactor provision treaty“ zu verhandeln. Die erste Verhandlungsrunde fand in Kuala Lumpur vom 11. bis 15. September 1995 statt. Nach einer Reihe von Verhandlungen unterzeichneten die beiden Seiten schließlich den Vertrag am 15. Dezember 1995. Der Vertrag spezifizierte die Details wie Lieferungsbereich, technischer Transfer, Verschifungsdatum und Transportroute usw. und entsprach den meisten südkoreanischen Ansprüchen. Die Hauptpunkte des Vertrages lauten wie folgt:¹²³

- The KEDO will provide the North with 2 turnkey-type light-water reactors with the 1,000 Mwe capacity.
- North Korea in return will remain in the NPT and accept IAEA inspections.
- North Korea will pay back the costs of the light-water reactors in 17 years with no interests and with a 3-year grace period from the date of the completion of the reactors.
- North Korea will take appropriate actions to guarantee the progress of the light-water reactor project, by providing KEDO personnel with necessary conveniences such as telecommunication service, office facilities, and personal safety.

Bei den Verhandlungen mit KEDO machte Nordkorea keinen Einwand mehr gegen ein südkoreanisches Reaktor-Modell und die zentrale Rolle Südkoreas im Projekt, zeigte nun mehr Interesse auf ökonomischer und praktischer Ebene. Bis zum Ende der Verhandlungen verlangte Nordkorea zusätzliche Beschaffungen einschließlich einer Hochspannungsleitung, einer Kernbrennstoff-Fabrik und eines Hafenausbaus. Aber als KEDO dem südkoreanischen Argument treu blieb, dass der Bau der Kernkraftwerke dem internationalen Praxis folgen und die Kosten nach dem Maßstab beim Baus von Reaktors Nr. 3 und 4 in Uljin-Atomkraftwerk auf der südkoreanischen Ostküste kalkuliert

¹²³ Siehe <http://www.kedo.org>

werden müssen, nahm Nordkorea die meisten seiner Forderungen zurück.¹²⁴ Erst mit dem „light-water provision treaty“ konnten die Vereinbarungen zwischen Nordkorea und den USA im Genfer-Abkommen die völkerrechtliche Verbindlichkeit haben. Der Vertrag wurde auch ein Wendepunkt in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Koreas, weil das Projekt einen umfassenden personellen und materiellen Austausch zwischen beiden Ländern Koreas mit sich brachte.

Im „light-water provision treaty“ verständigten sich KEDO und Nordkorea über den stufenweisen Abschluß der nachfolgenden Protokolle. Dementsprechend schlossen die beiden Seiten sechs Protokolle für 1996-1997 ab, um die auf die Förderung des Reaktor-Projektes angelegten 13 Einzelheiten durchzuführen. Ab April 1996 begannen die Verhandlungen über die Protokolle über „privilege, immunity, traffic and telecommunication“ in New York. Die drei Protokolle über das Privileg und die Immunität, den Verkehr und die Telekommunikation wurden in New York am 11. September 1996 unterzeichnet. Anschließend schlossen KEDO und Nordkorea das Protokoll über „the Right to Use the Site and Service“ am 8. Januar 1997, und das Protokoll über „Measures in Case of North Korea’s Failure to Abide by its Financial Duty“ am 24. Juli 1997 ab. Mit dem Inkrafttreten der 6 Protokolle fanden die Verhandlungen zwischen KEDO und Nordkorea auf der Ebene der Experten statt.¹²⁵ Nach drei Verhandlungsrunden nahmen KEDO und Nordkorea ein Abkommen über die Verfahren bezüglich der 19 Einzelheiten auf, die für die Durchführung der Protokolle vorgesehen waren.¹²⁶ Mit dem Abschluss der Verhandlungen über die praktischen Angelegenheiten fing die regelrechte Vorbereitung zum Baubeginn an. Am 19. August 1997 fand endlich eine Grundsteinlegungsfeier nach zwei Jahren und zehn Monaten seit dem Genfer Rahmenabkommen statt. Im Hinblick auf die innerkoreanischen Beziehungen würde das ein neuer Meilenstein werden, indem der Süden und der Norden zum ersten Mal seit der Teilung des Landes gemeinsam an einer großen Aufgabe arbeiteten. Unter anderem hoffte die südkoreanische Regierung ihrerseits darauf, dass das Leichtwasserreaktor-Projekt über die

¹²⁴ Ministerium nationaler Wiedervereinigung Republik Korea (2003), S. 281.

¹²⁵ KEDO und Nordkorea hatten dazu drei Verhandlungsrunde (die erste: vom 9. April 1997-15. April in Nordkorea, die zweite: vom 31. Mai 1997-7. Juni in Nordkorea und die dritte: vom 23. Juni 1997-2. Juli in New York).

¹²⁶ Siehe dazu Ministerium nationaler Wiedervereinigung Republik Korea: Wiedervereinigungsweißbuch 2000, <http://www.kedo.org>

Dimension einer Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage hinaus ein Grundstein für die Aussöhnung und Zusammenarbeit zwischen Süd und Nord würde.¹²⁷

3 Die Politik Kim Dae-Jungs gegenüber Nordkorea – die „Engagementpolitik“

3.1 Hintergrund der Engagementpolitik

Indem die ehemalige Sowjetunion Ende der 80er Jahren eine Reform- und Öffnungspolitik betrieb und damit die kommunistischen Ostblockstaaten zusammenbrachen, kam das System des internationalen Kalten Krieges zu Ende, der die letzte Hälfte des 20. Jahrhunderts beherrschte. Seither suchte die Welt eine neue internationale Ordnung. Heutzutage wird die Weltpolitik durch die Globalisierung, die Öffnung und die Kooperation gekennzeichnet und dabei spielt mehr nationales Interesse eine wichtige Rolle als die politische Ideologie oder das System.

Inzwischen hat sich die politische Lage rund um die koreanische Halbinsel auch stark verändert. Südkorea hat mit China und der ehemaligen Sowjetunion diplomatische Beziehungen angeknüpft und Nordkorea tastet vorsichtig nach einer Annäherung an Japan und die USA. Die vier Großmächte, USA, Japan, China und Russland, arbeiteten einerseits je nach den Angelegenheiten in der Region zusammen und betrieben andererseits die Politik gegenüber der koreanischen Halbinsel vom Standpunkt aus, dass es auch für ihr nationales Interesse notwendig sei, den Frieden und die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel zu erhalten.

Das Ende des internationalen Kalten Krieges bedeutet, dass der externe Faktor vergeht, der die Teilung Koreas verursachte und während eines halben Jahrhunderts Konfrontation und Feindschaft erzwang. Hier sieht man eine Herausforderung und eine Chance. Nach eigenem Willen und Kraft könnte man die Teilung überwinden.

Die südkoreanische Regierung wollte nun endlich den Kalten Krieg auf der koreanischen Halbinsel beenden und die Beziehungen des Misstrauens und der Konfrontation

¹²⁷ Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea (2003), S. 281.

in den Beziehungen der Aussöhnung und der Zusammenarbeit umsetzen, indem sie die Veränderung politischer Lage rund um die koreanische Halbinsel aktiv für sich nützlich macht und alle Faktoren beseitigt, die die Lösung der Koreafrage hindern.¹²⁸ In Rücksicht auf die innerkoreanischen Beziehungen haben sich zwar die vergangenen Regierungen viele Mühe um die Lösung der Koreafrage gegeben und aktive Politik gegenüber Nordkorea betrieben, um die innerkoreanischen Beziehungen zu verbessern. Doch hatten sie für die wesentliche Verbesserung der Beziehungen zwischen Süd und Nord nicht viel Erfolg. In der Zeit des Kalten Krieges konnten sie Nordkorea als ein Partner der Koexistenz nicht akzeptieren und damit war die Verfolgung der gegensätzlichen Politik gegenüber Nordkorea unumgänglich. Obwohl seit 90er Jahren es sich die positiven Veränderungen für die Beziehungen zwischen beiden Seiten ergab, standen die Politik gegenüber Nordkorea und die Wiedervereinigungsfrage immer in engem Zusammenhang mit der Innenpolitik. Somit konnten sich die mittel- oder langfristigen Programme nicht entwickeln.

Aus dieser Erkenntnis bahnte die Regierung unter Kim Dae-Jung durch die sog. Engagementpolitik (Sonnenscheinpolitik) einen anderen Weg an, anders als die Politik der früheren Regierungen. Nämlich soll sie die Lösung für die Frage der koreanischen Halbinsel unter anderen Bedingungen suchen.

3.2 Die Engagementpolitik

In der Antrittsrede seines Amtes am 25. Februar 1998 rief Präsident Kim Dae-Jung Süd- und Nordkorea zur sofortigen Umsetzung vom „Abkommen über Aussöhnung, Nichtangriff, Zusammenarbeit und Austausch zwischen dem Süden und dem Norden (Grundlagenabkommen)“ am 13. Dezember 1991 auf. Er sprach, „South-North relations must be promoted based on reconciliation and cooperation and on the establishment of peace, and all problems between South Korea and North Korea can be solved and the groundwork for reunification can be prepared successfully if the two sides are faithful in implementing the Basic Agreement.“¹²⁹ Und er erklärte zugleich drei Prinzipien seiner

¹²⁸ Ebd., S. 17-19.

¹²⁹ The Association of North-East Asia Peace Studies: a. a. O., S. 291.

Politik gegenüber Nordkorea: Erstens: Seine Regierung werde eine militärische Provokation in irgendwelcher Form durch Nordkorea niemals tolerieren. Zweitens: Sie habe weder eine Absicht, Nordkorea zu unterminieren, noch irgendeine Idee, Nordkorea zu absorbieren. Drittens: Sie werde nach Aussöhnung und Zusammenarbeit mit Nordkorea streben.

Auch auf seiner Ansprache zum Jahrestag der nationalen Unabhängigkeit am 15. August in demselben Jahr bekräftigte er seine Rolle zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea und Etablierung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel und versprach die Arbeit zur Ausdehnung innerkoreanischer Austausch und Zusammenarbeit. Der Präsident unterstrich, es sei im Moment dringender, den Frieden zu sichern und eine harmonische Koexistenz beider Koreas zu verwirklichen, als auf die baldige Wiedervereinigung zu drängen. Die Politik Kim Dae-Jungs gegenüber Nordkorea wurde als die „Sunshine Policy“ oder „Engagement policy“ bezeichnet. Die Engagementpolitik gegenüber Nordkorea zielt darauf, durch innerkoreanische Aussöhnung, Austausch und Zusammenarbeit Nordkorea zum Weg der Reform und Öffnung zu führen und damit eine friedliche Koexistenz der beiden koreanischen Staaten zu sichern. Kim sah die katastrophale Auswirkung auf den Süden sowie in der ganzen Region, falls Nordkorea zusammenbricht. Somit erkannte er die Realität auf der koreanischen Halbinsel an und setzte auf eine langfristige Politik.¹³⁰

3.2.1 Die drei Prinzipien der Politik gegenüber Nordkorea¹³¹

- 1) Keine Toleranz gegen militärische Provokation, die den Frieden auf der koreanischen Halbinsel zerstören würde

Die dringendste und wichtigste Aufgabe auf der koreanischen Halbinsel soll nach der Ansicht Kim Dae-Jungs sein, den Frieden zu erhalten, weil ein anhaltender Frieden nicht nur eine Grundlage der Aussöhnungs- und Kooperationspolitik gegenüber Nord-

¹³⁰ Pfennig, Werner: Anmerkungen zur Persönlichkeit und Politik von Kim Dae-jung, in: Koschyk, Hartmut (Hrsg.): Begegnungen mit Kim Dae-jung. Korea auf dem Weg zu Frieden, Versöhnung und Einheit, München 2002, S. 55-56.

¹³¹ The Association of North-East Asia Peace Studies: a. a. O., S. 112-116.

korea, sondern auch eine grundlegende Voraussetzung für die Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen und die Erreichung nationaler Wiedervereinigung sein soll.

Indem Südkorea seine feste Absicht zur Erhaltung des Friedens demonstriert, will der Süden Nordkorea merken lassen, dass die Wiedervereinigung durch militärische Gewalt unmöglich sei. Aber solange es keine grundlegende Veränderung in der nordkoreanischen Politik gibt, das Land im Zeichen des Kommunismus mit Gewalt zu vereinigen, und solange Streitkräfte beider Staaten einander entlang der Demarkationslinie feindlich gegenüberstehen, sieht sich die südkoreanische Regierung gezwungen, weiterhin effektive Sicherheitsmaßnahmen zu organisieren. Damit macht Kim seine strikte Haltung gegen jede militärische Provokation durch Nordkorea klar und gleichzeitig seine aktive Bemühung darum, eine Atmosphäre für eine stabile Sicherheit zu schaffen. Auf dieser Weise hofft er darauf, einen institutionellen Mechanismus zu bauen, um den Kalten Krieg zu beenden und einen dauerhaften Frieden auf der koreanischen Halbinsel herzustellen.

2) Ausschluss der Wiedervereinigung durch eine einseitige Übernahme oder Absorption

Die Wiedervereinigung des Landes soll weder eine bloße Rückkehr in die Vergangenheit noch eine einfache Integration der zwei Systeme und nationalen Territorien bedeuten. Sie sollte vielmehr ein Prozess sein, eine geschlossene nationale Gemeinschaft zu bauen, in der die universalen Werte der Menschheit wie Freiheit und Menschenrecht garantiert sind. Deswegen sollte die Wiedervereinigung als ein langer Prozess verstanden werden.

Die Beziehungen zwischen dem Süd und dem Nord sind über ein halbes Jahrhundert von Konfrontation und Feindschaft unter zwei ganz anderen Systemen geprägt. Und dadurch besteht eine tiefe Kluft zwischen beiden Seiten. In dieser Hinsicht würde durch eine einseitige und plötzliche Wiedervereinigung zweifellos eine kritische Lage entstehen, was im Deutschland der Fall ist. Nämlich trotz des langzeitigen Austauschs und der Zusammenarbeit bis zur Einheit und des enormen finanziellen West-Ost-Transfers nach der Einheit musste Deutschland an den Konflikten zwischen Ost und West und negativen Nebenwirkung leiden, die der Wiedervereinigung folgten.

Daraus sieht Kim Dae-Jung eine allmähliche Annäherung vor, anstatt die Integration der Systeme und Institutionen zwischen Süd- und Nordkorea zu beschleunigen.

3) Aktive Förderung von Aussöhnung und Kooperation zwischen beiden koreanischen Staaten

Um Misstrauen und Feindschaft abzubauen und die nationale Identität wiederherzustellen, müssen der Süden und der Norden die bilateralen Dialoge, Kontakte und Kooperationen ausdehnen. Die Aussöhnung und Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten sollen nicht nur den gegenseitigen Vorteil und das Wohl aller Koreaner fördern, sondern auch zur nationalen Sicherheit Südkoreas beitragen, indem die militärische Drohung Nordkoreas durch die Schaffung einer Beziehung der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen beiden koreanischen Teilstaaten allmählich abgebaut wird.

3.2.2 Richtlinien für die Ausführung der Engagementpolitik¹³²

1) Gleichzeitige Förderung der starken nationalen Sicherheit und innerkoreanischen Zusammenarbeit

Die Erhaltung der starken nationalen Sicherheit ist für die Regierung Kim eine Grundlage einer effektiven Politik gegenüber Nordkorea. Mit der Festigung des ROK-US Bündnisses und der Arbeit zur Schaffung einer kollektiven Sicherheitsstruktur mit den Ländern in der nordostasiatischen Region will die Regierung Kim ihre unabhängige Fähigkeit für die Verteidigung des Landes verstärken.

Auf Grundlage dieser starken nationalen Sicherheit will die Regierung Kim möglichst flexibel die innerkoreanische Interaktion und die verschiedenen kooperativen Bemühungen fördern, was eine substantielle Verbesserung bezüglich innerkoreanischer Beziehungen bringen soll. In diesem Zusammenhang ist die Engagementpolitik gegenüber Nordkorea eine flexible Politik und zeigt einen „Two-Track Approach“, der einerseits

¹³² Ministerium nationaler Wiedervereinigung Republik Korea(1998), S. 33-41.

die nordkoreanische Drohung mit eigener militärischer Stärke neutralisiert und andererseits Nordkorea durch Austausch und Zusammenarbeit in die Veränderung führt.

2) Förderung friedlicher Koexistenz und innerkoreanischer Interaktion als eine oberste Priorität

Die Vereinigung der zwei geteilten koreanischen Staaten sieht einen langen und schwierigen Weg vor sich. In dieser Hinsicht ist die dringendste Aufgabe, die Drohung militärischer Provokation zu beseitigen und friedliche Koexistenz auf der koreanischen Halbinsel zu erreichen.

Die Regierung Kim macht klar, dass die Wiedervereinigung Koreas auf dem friedlichen Weg erreicht wird und der Weg zur friedlichen Wiedervereinigung von gegenseitiger Anerkennung und Respekt für das andere System ausgehen muss. Wenn friedliche Koexistenz gesichert wird, wird die Regierung ihres Bestes tun, um die innerkoreanischen Beziehungen zu verbessern und die Wiedervereinigung durch die Erweiterung der Interaktion und Kooperation zwischen dem Süden und dem Norden zu erreichen.

3) Schaffung einer Umfeld zur Veränderung Nordkoreas

In Hinsicht auf die Realität der koreanischen Halbinsel ist ein Versuch, der die innerkoreanischen Beziehungen durch die Herbeiführung allmählicher Veränderungen in Nordkorea zu verbessern, vernünftiger als eine Politik, die auf den Zusammenbruch Nordkoreas gerichtet ist oder ihn erwartet. Daher betonte Kim, dass seine Regierung keine Absicht hat, Nordkorea Veränderung zu zwingen, sondern durch ihre Engagementpolitik Nordkorea bei der eigenen Bemühung für die Reform und Öffnung unterstützen will. Deshalb werde sie keine Mühe scheuen, durch Verstärkung der Kontakte und Dialoge und durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit eine vorteilhafte Atmosphäre für die Reform im Norden zu schaffen.

4) Förderung gemeinsamer Interessen

Über die einseitige Hilfe oder die einfache Wohltätigkeit gegenüber Nordkorea hinaus sollte man nun langfristige inner-koreanische ökonomische Beziehungen fördern, die zur gemeinsamen Entwicklung und zum gemeinsamen Wohlstand beider Staaten beitragen sollen. Deswegen sollten der Süden und der Norden zu diesem Zeitpunkt gemeinsam nach der Entwicklung einer innerkoreanischen Wirtschaftsunion auf der Grundlage gegenseitiger Ergänzung streben.

Um die Verbesserung der Beziehung zwischen Süd und Nord langfristig erfolgreich zu gestalten, sei es wichtig, einander zu helfen. Auf diesem Prinzip basierend machte die Regierung Kim gleich nach ihrem Antritt das Prinzip zur Trennung von Wirtschaft und Politik bei der Nordkorea-Politik klar. D.h., die Regierung behauptet zwar „das Prinzip zur Gegenseitigkeit“¹³³ beim Gespräch zwischen beiden Regierungen, aber auf der privaten Ebene wendet sie die Trennung von Wirtschaft und Politik nach dem Prinzip zur Marktwirtschaft an.

5) Die Prinzip der Selbstbestimmung und die Bemühungen um die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft

Das Schicksal der koreanischen Nation sollte von den Süd- und Nordkoreanern selbst bestimmt werden. Dennoch seien das Engagement und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erforderlich, um die Teilung der koreanischen Halbinsel zu beenden und den regionalen Frieden zu sichern.

D.h., die koreanische Frage sollte durch direkte Dialoge und Verhandlungen zwischen beiden koreanischen Staaten gelöscht werden. Unter anderem soll der Dialog zwischen den süd- und nordkoreanischen Behörden einen Richtweg zur Lösung der Koreafrage sein. Aber die Koreafrage soll nicht nur eine innerkoreanische Angelegenheit, sondern auch gleichzeitig eine internationale Frage sein. Somit werde die Regierung alle Mög-

¹³³ „Das Prinzip zur Gegenseitigkeit“ stellt keine in Handelsgeschäften angewendete gleichwertige Gegenseitigkeit dar. Sie bedeutet, dass gegenüber südkoreanischen Bemühungen um die Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen Nordkorea auch die entsprechenden Maßnahmen auf bestimmtem Niveau ergreifen muss.

Vgl. Education Center for Unification: Fragen und Antworten über die Wiedervereinigung, Seoul 1999, S. 46-47.

lichkeiten einschließlich der „Vierergespräche“, ausschöpfen, um die internationale Unterstützung für ihre Bemühung zu gewinnen, andauernden Frieden zu schaffen und die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu reduzieren.

6) Durchführung der Politik gegenüber Nordkorea auf der Basis nationales Konsenses

Die öffentliche Unterstützung ist ein wichtiges Element in der erfolgreichen Durchführung jeder Politik gegenüber Nordkorea. Deshalb muss die Politik der Regierung Kim gegenüber Nordkorea nie hinter verschlossenen Türen gemacht und durch private Kanäle durchgeführt werden.

Somit bekräftigte die Regierung Kim die Transparenz ihres Entscheidungsprozesses und die konsequente und effiziente Politik, um öffentliche Unterstützung zu gewinnen.

3.3 Gipfeltreffen zwischen Süd- und Nordkorea

3.3.1 Berlin-Erklärung Kim Dae-Jungs und Verfahren zum Gipfeltreffen

Seit Präsident Kim Dae-Jung mit dem Antritt seines Amtes am 25. Februar 1998 Nordkorea das Gipfeltreffen vorgeschlagen hatte, forderte er den Norden immer wieder zur Antwort auf.

Beim Staatsbesuch in Berlin im März 2000 hat er sich mit Nachdruck für die Wiedervereinigung Koreas ausgesprochen. Er machte deutlich, dass Südkorea keinen Zusammenbruch Nordkoreas wolle und wirtschaftlich nicht in der Lage sei, Nordkorea zu absorbieren. Bei einem Vortrag in der Freien Universität Berlin am 9. März 2000 sprach er über seine künftige Politik gegenüber Nordkorea. Dabei wiederholte Kim Dae-Jung noch einmal nachdrücklich, Koexistenz statt sofortiger Wiedervereinigung sei sein vorrangiges Ziel. Und er veröffentlichte seine „Berliner Deklaration“, die folgende vier Punkte beinhaltet:¹³⁴

¹³⁴ Siehe <http://www.unikorea.go.kr/kr/load/D45/D4543.htm>.

1. Die Republik Korea ist bereit, Nordkorea bei dem Überwinden seiner wirtschaftlichen Probleme zu helfen;
2. Ziel der Republik Korea ist die Beendigung des Kalten Krieges und die Sicherung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel;
3. Nordkorea muss bei der Lösung des Problems der geteilten Familien helfen;
4. Nordkorea wird aufgefordert, den Austausch zwischen Sondergesandten beider Länder zu zulassen.

Sofort nach der „Berlin Deklaration“ Kim Dae-Jungs hat Nordkorea durch verschiedene geheime Kanäle dem Süden einen Austausch von Sondergesandten vorgeschlagen. Durch diese Kanäle teilte Nordkorea seine Bereitschaft zu Diskussion über die im Zusammenhang mit der Vorbereitung innerkoreanisches Gipfeltreffen stehenden Angelegenheiten mit. Als Antwort auf den nordkoreanischen Vorschlag ernannte der Präsident Kim den Minister für Kultur und Tourismus, Park Jie-Won, als einen Sondergesandten und schickte ihn zum Treffen mit dem nordkoreanischen Partner. Minister Park aus Seoul und der Vizevorsitzende von „Asia-Pacific Peace Committee (APPC)“ Nordkoreas, Song Ho-Kyong, trafen sich zum ersten Mal am 17. März hinter geschlossenen Türen in Shanghai. Sie trafen sich weiter zweimal in Beijing und gelangten schließlich am 8. April zu einer Vereinbarung über ein innerkoreanisches Gipfeltreffen. Seoul und Pjöngjang machten diese Vereinbarung gleichzeitig am Morgen des 10. April 2000 bekannt.¹³⁵

Gemäß der Vereinbarung vom 8. April saßen die beiden Seiten vom 22. April bis zum 18. Mai fünf Mal zusammen am Tisch im Panmujom, um über verfahrensrechtliche Angelegenheit, die mit der Vorbereitung für das Gipfeltreffen zu tun hatten, zu verhandeln. Die südkoreanische Delegation bestand aus drei Mitgliedern unter der Leitung des Vizeministers des Ministeriums für nationale Wiedervereinigung, Yang Young-Sik, während die nordkoreanische Delegation von einem Beamten von Vizeminister-Format aus dem Präsidium der Obersten Volksversammlung, Kim Song-Ryong, geleitet wurde und gleich aus drei Mitgliedern bestand.

¹³⁵ Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea (2003), S. 51.

Das war das erste innerkoreanische Gespräch auf der Regierungsebene, das seit 1994 in Panmunjom stattfand. Auf der fünften Sitzung am 18. Mai 2000 kamen die beiden Seiten zu einer Vereinbarung über die wichtigsten Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit dem Verfahren beim Gipfeltreffen stehen: Die südkoreanische Delegation werde aus 130 Mitgliedern und 50 Pressedelegation bestehen. Die Gipfelkonferenz zwischen dem Präsidenten Kim Dae-Jung und den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungskomitees Kim Jong-Il werde mindestens zwei oder drei Mal abgehalten werden und noch häufiger stattfinden können, wenn es nötig wäre. Auf der Tagesordnung für die Konferenzen und Gespräche, die das Thema der meisten erregten Debatten gewesen war, sollen „die Frage nationaler Aussöhnung und Einheit, die Ausdehnung von Austausch und Kooperation und die Vollendung von Frieden und nationaler Wiedervereinigung“ im Mittelpunkt stehen.

Außerdem verständigten sich zum ersten Mal seit der Teilung des Landes die beiden Seiten über die Einrichtung eines Satellitenkommunikationssystems zwischen den beiden Koreas, durch das nicht nur 70 Millionen Koreaner, sondern auch die ganze Welt der Live-Übertragung dieses historischen Gipfeltreffens zuschauen können. Zusammen mit dieser Vorbereitungsverhandlung hatten die beiden Seiten auch zwei Sitzungen auf der Ebene der Fachleute über die Kommunikation und Presseberichterstattung am 13. und 17. Mai und eine andere über das Protokoll und die Begleitungs-mannschaft am 16. Mai, um über die sachdienlichen Details zu verhandeln.¹³⁶

Die 30-köpfige Vorausmannschaft unter der Leitung des Direktors von „South-North Dialogue Office“ im Ministerium für nationale Wiedervereinigung kam in Pjöngjang über Panmunjom am 31. Mai an. Sie überprüfte die in Verbindung zum planmäßigen Gipfeltreffen stehenden Details durch eine Inspektion an Ort und Stelle-Inspektionen. Sie verhandelte auch mit der nordkoreanischen Seite über die Details für die Handhabung von Kommunikation, Presseberichterstattung, Protokoll und Begleitung.¹³⁷

¹³⁶ Ebd., S. 52-53.

¹³⁷ Hankook Ilbo vom 1. Juni 2000

3.3.2 Innerkoreanisches Gipfeltreffen

Ein historisches Gipfeltreffen zwischen den beiden Koreas fand vom 13-15. Juni 2000 statt, indem der südkoreanische Präsident Kim Dae-Jung und die südkoreanische Delegation Pjöngjang besuchten. Der Beginn des Gipfels war zwar ursprünglich für den 12. Juni geplant, wurde jedoch auf Nordkoreas Wunsch wegen technischer Gründe um einen Tag verschoben. Präsident Kim reiste am 13. Juni mit einer 180 Personen umfassenden Delegation nach Pjöngjang. Ihr gehören drei Minister und 50 südkoreanische Reporter an. Mit Ausnahme von Journalisten aus China und Russland wurden für den Gipfel in Nordkorea keine ausländischen Reporter zugelassen.

Vor seiner Abreise hatte der Präsident gesagt, er hoffe, dass diese wertvolle Gelegenheit zum Treffen zwischen den Gipfels beider Koreas die 55 Jahre währende durch Miss-
trauen und Feindschaft gekennzeichnete Konfrontation beenden, einen Wendepunkt in der Geschichte Koreas darstellen und den Weg zum Frieden auf der koreanischen Halbinsel, zur Ausweitung innerkoreanischen Austauschs und Kooperation und zur Wiedervereinigung des Vaterlandes ebnen würde.¹³⁸

Als erster Staatschef Südkoreas war Kim Dae-Jung am 13. Juni zu einem Treffen mit dem nordkoreanischen Parteichef Kim Jong.II in Pjöngjang eingetroffen. Es war die erste Begegnung der beiden koreanischen Staatschefs seit der Teilung vor 55 Jahren.

Zum Auftakt der Gipfelkonferenz einigten sich die beiden Gipfels auf eine „freie Diskussion“ über innerkoreanische Angelegenheiten. Bei der ersten Gesprächsrunde hinter verschlossenen Türen, die nur knapp eine halbe Stunde dauerte, waren Fragen der Aussöhnung und des Friedens angesprochen worden. Am zweiten Tag ihres historischen Gipfeltreffens begannen Süd- und Nordkorea einen konkreten Dialog über bilaterale Fragen. Durch ein Gespräch am Nachmittag gelangten die beiden Staatschefs zu allgemeinen Vereinbarungen in mehreren wichtigen Bereichen. Anschließend begannen die Stäbe beider Seiten an der konkreten Formulierung der Vereinbarung zu arbeiten. Endlich nach noch einer langen Gesprächsrunde am Abend erzielten sie eine historische

¹³⁸ Hankook Ilbo vom 14. Juni 2000; Süddeutsche Zeitung vom 14. Juni 2000.

Einigung: Beide Staatschefs unterzeichneten die gemeinsame Deklaration, die von den Stäben beider Seiten vorbereitet worden war, und tauschten ihre Kopien aus. Die beiden Seiten verkündeten der Welt die gemeinsame Deklaration am 15. Juni kurz nach Mitternacht. Die bloße Tatsache, dass die Staatschefs Süd- und Nordkoreas miteinander zum ersten Mal seit der nationalen Teilung vor 55 Jahren zusammengetroffen sind, hat eine große Bedeutung an sich. Präsident Kim brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die beiden Staatschefs der beiden Koreas durch das innerkoreanische Gipfeltreffen gegenseitiges Vertrauen aufbauen, offen die Meinungen über Aussöhnung, Zusammenarbeit, Frieden und nationale Wiedervereinigung austauschen und zur Vereinbarung über dasjenige, worüber man Vereinbarungen treffen kann, gelangen würden. Beim Gipfeltreffen standen die vier Fragen hauptsächlich im Mittelpunkt: Nationale Aussöhnung und Wiedervereinigung, Reduzierung der Spannungen und Etablierung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel, Erweiterung des innerkoreanischen Austauschs und der Zusammenarbeit und Zusammenführung der getrennten Familien. Während des Gipfeltreffens erklärte der südkoreanische Präsident dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-Il eindeutig die südkoreanischen Positionen über diese Fragen.¹³⁹

Das Gipfeltreffen markierte eine Zäsur in den innerkoreanischen Beziehungen und nach dem historischen Süd-Nord-Gipfeltreffen im Juni 2000 und der Ankündigung der Gemeinsamen Deklaration zwischen Süd und Nord machten die beiden Seiten erstaunliche Fortschritte in ihren Beziehungen

3.3.3 „Gemeinsame Deklaration zwischen Süd und Nord“ vom 15. Juni 2000“

3.3.3.1 Inhalte der „Gemeinsamen Deklaration“

Die beiden Staatschefs des Südens und des Nordens erkannten, dass das Gipfeltreffen, das zum ersten Mal seit der Teilung der Nation stattgefunden hatte, bei der Förderung gegenseitigen Verständnisses, der Entwicklung der Beziehungen zwischen Süd- und

¹³⁹ Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea (2003), S. 54-55.

Nordkorea und der Realisierung der friedlichen Wiedervereinigung eine große Bedeutung hat, und erklärten wie folgt:¹⁴⁰

1. The South and North have agreed to resolve the question of reunification on their own Initiative and through the joint efforts of the Korean people, who are the masters of the country.
2. Acknowledging that there are common elements in the South's proposal for a confederation and the North's proposal for a federation of lower stage as the formulae for achieving reunification, the South and the North agreed to promote reunification in that direction.
3. The South and the North have agreed to promptly resolve humanitarian issues such as exchange visits by separated family members and relatives on the occasion of the August 15 National Liberation Day and the question of former long-term prisoners who had refused to renounce Communism.
4. The South and the North have agreed to consolidate mutual trust by promoting balanced development of the national economy through economic cooperation and by stimulating cooperation and exchanges in civic, cultural, sports, public health, environmental and all other fields.
5. The South and the North agreed to hold a dialogue between relevant authorities in the near future to implement the above agreement expeditiously.

3.3.3.2 Bewertung der „Gemeinsamen Deklaration“

1) Selbstbestimmung bei der Verwirklichung der nationalen Wiedervereinigung

Die Frage nationaler Wiedervereinigung steht in direktem Zusammenhang mit dem Schicksal der koreanischen Bevölkerung. Deswegen müsse die koreanische Bevölkerung sie durch ihre eigenen Bemühungen lösen. D.h., die zwei Koreas müssten nach dem Prinzip der Selbstbestimmung diese Frage friedlich durch Dialog lösen. Solch ein Punkt wurde schon zwischen den beiden Seiten als eines der drei Grundprinzipien vereinbart, die im „Gemeinsamen Erklärung“ vom 4. Juli 1972 dargelegt und im

¹⁴⁰ Siehe <http://www.unikorea.go.kr/kr/load/Z01/Z0138.htm>

„Grundsatzabkommen“ im Jahr 1992 erneut bestätigt wurden. Da die koreanische Frage eine doppelte Natur durch interne und internationale Merkmale zeigt, sei es wichtig, dass die koreanische Nation ihre eigenen Bemühungen mit der Unterstützung und Kooperation der internationalen Gemeinschaft verknüpft.

Der Präsident Kim meinte, die Selbstbestimmung oder die Unabhängigkeit sei kein exklusiver Begriff, der nur Ablehnung ausländischer Kräfte bedeutet, sondern stelle einen Begriff dar, der auf der Unterstützung und Kooperation der internationalen Gemeinschaft basiert. Der Vorsitzende, Kim Jung-Il zeigte seine Zustimmung zu dem Argument des Präsidenten Kim.

Im Zusammenhang mit der trilateralen Kooperation zwischen den USA, Japan und Südkorea, die Nordkorea lange als eine Bedrohung für sein Regime gehalten hat, hob Präsident Kim weiterhin hervor, dass diese Kooperation darauf abziele, günstige Bedingungen zur Erhaltung des Friedens und der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel ebenso wie zur nordkoreanischen Beteiligung an der internationalen Gemeinschaft zu schaffen. Deshalb habe der Begriff „Selbstbestimmung“ oder „Unabhängigkeit“ keinen Zusammenhang mit den nordkoreanischen Behauptungen wie die „Ablehnung der ausländischen Kräfte“ oder der „Rückzug von US-Truppen in Südkorea“. Das deute eher an, dass mit der aktiven Kooperation der internationalen Gemeinschaft die beiden Koreas als der Herren ihres eigenen Schicksals die Frage nationaler Wiedervereinigung lösen sollten.

2) Bestätigung der gemeinsamen Basis der süd- und nordkoreanischen Wiedervereinigungskonzeptionen

Obwohl Südkorea und Nordkorea nach einem gemeinsamen Ziel nationaler Wiedervereinigung strebten, hat jede Seite über die lange Zeit ihre eigene Konzeption entwickelt und vorgeschlagen.

Die Wiedervereinigungskonzeption Südkoreas ist als die „National Community Unification Formula (NCUF)“ bezeichnet. Unter der Voraussetzung, dass es weder möglich noch vernünftig sei, die nationale Wiedervereinigung unter den gegenwärtigen Umständen zu beschleunigen, sieht diese Konzeption eine allmähliche und stufenweise Annäherung zur Wiedervereinigung vor. Sie schlägt vor, zuerst eine Süd-Nord-

Konföderation auf der Basis einer gegenseitigen Anerkennung des jeweils anderen Systems zu bilden und dann auf dem Weg zur Gründung eines vollständig vereinigten Korea friedliche Koexistenz zwischen beiden Koreas zu sichern.

Mit anderen Worten: Es sei eine Übergangszeit für die Vorbereitung der Wiedervereinigung notwendig. Im Hinblick auf dieser Realität schlägt Südkorea die Bildung einer „Süd-Nord-Konföderation“ vor, als eine Bemühung um die Institutionalisierung des Vorbereitungsprozesses für die nationale Wiedervereinigung. Der Vorschlag deutet an, dass die beiden koreanischen Regierungen zuerst den Frieden auf der koreanischen Halbinsel sichern und gegenseitiges Vertrauen und nationale Identität durch bilateralen Austausch und Zusammenarbeit wiederherstellen müssen, während sie die gegenwärtige vorhandene Struktur von zwei Systemen und zwei Regierungen beibehalten. Dadurch sollen die beiden Koreas den Weg zu einer vollständig vereinigten Nation mit einem System und einer Regierung ebnen können.

Die nordkoreanische Wiedervereinigungskonzeption, die 1980 vorgeschlagen wurde, sieht eine Schaffung einer so genannten „Demokratischen Föderativen Republik Koryo (DFRK)“ vor. Die unter dieser Formel geschaffene Föderation legt zwei verschiedene Systeme in einer einzelnen Nation vor, in der die Zentralregierung die Zuständigkeit über die außenpolitischen und militärischen Angelegenheiten haben und die zwei Regionalregierungen im Süden und im Norden vollständige Autonomie in der eigenen Region behalten sollen. Kurz gesagt, verlangt der nordkoreanische Vorschlag unmittelbare Schaffung eines vereinigten Korea in der Form einer Föderation.

Während des Gipfeltreffens im Juni 2000 räumte der Vorsitzende Kim Jong-Il die praktische Anwendbarkeit des Vorschlages vom Präsidenten Kim zur „Süd-Nord-Konföderation“ ein. Er gab zu, dass die „lower stage of federation“ in Wirklichkeit nicht anders als die „Süd-Nord-Konföderation“ sei, in der der Süden und der Norden immer noch zwei Systeme und zwei Regierungen behalten und sich Schritt für Schritt zur nationalen Wiedervereinigung durch gegenseitige Zusammenarbeit fortbewegen sollen. Die „lower stage of federation“, die auf dem Gipfeltreffen von dem nordkoreanischer Seite vorgeschlagen wurde, lässt sich deutlich von seinem früheren Vorschlag „Föderative Republik Koryo“ unterscheiden.

3) Lösung von humanitären Fragen

Während des Gipfeltreffens wies Präsident Kim Dae-Jung auf die dringende Notwendigkeit der Zusammenführung getrennter Familien hin und forderte vom Vorsitzenden Kim Jong-Il eine Antwort auf seinen konkreten Vorschlag bezüglich dieser Frage. Der Präsident Kim schlug vor, dass die beiden Koreas zuerst den Familien am 15. August, dem Tag der nationalen Unabhängigkeit, erlauben, ihre getrennten Familien oder Verwandten zu besuchen, und Schritt für Schritt Maßnahmen ergreifen, die Adressen der getrennten Familien zu überprüfen, die Einrichtung eines Treffzentrums zu fördern und die Familien nach ihrem eigenen Willen zusammenkommen zu lassen.

Kim Jong-Il sympathisierte mit dem Vorschlag des Präsidenten Kim und schlug vor, dass zusammen mit dem gegenseitigen Besuch der getrennten Familien die seit langen festgehaltenen politischen Gefangenen im Süden nach Norden zurückkehren sollten. Um die Familienzusammenführung zu erleichtern, stimmte Präsident Kim zu, diese Gefangenen in einer weiteren Definition den getrennten Familien zuzuschlagen, und akzeptierte die nordkoreanische Forderung nach ihrer Repatriierung.

Entsprechend dieser Vereinbarung führten der Süden und der Norden zwei Runden der gegenseitigen Besuche der getrennten Familien im 2000. Der erste Besuch fand vom 15.-18. August statt und der zweite vom 20. November bis zum 2. Dezember. In jeder Runde besuchten 100 Mitglieder der getrennten Familien aus jeder Seite Seoul und Pjöngjang. Die beiden Koreas vereinbarten, einen zusätzlichen Austausch am Ende Februar 2001 zu genehmigen. Parallel mit den Besuchen vereinbarten die beiden Seiten auch miteinander über zwei Runden von Adressenüberprüfung für 100 Leute im Januar und Februar 2001 sowie ein Tausch von Briefen zwischen 300 Leuten von jeder Seite im März. Die beiden Koreas beabsichtigten, den Umfang solch eines Tausches stufenweise in der Zukunft auszudehnen. Außerdem beschlossen sie auch, die verfahrenstechnischen Details für die Schaffung eines ständigen Treffzentrums zu erörtern.

Weiterhin forderte die südkoreanische Seite Nordkorea auf, der Rückkehr der südkoreanische Kriegsgefangenen aus dem Korea-Krieg sowie der Leute, die in der Vergangenheit von nordkoreanischen Agenten entführt worden waren, zuzustimmen. Diese Be-

mühung machte es für die Familien der entführten Leute möglich, sie während der zweiten Runde der Besuche zu treffen.

Am 2. September 2000 repatriierte Südkorea die 63 langfristigen Gefangenen vom Süden nach dem Norden. Außerdem gelangten die beiden Koreas zu einer Vereinbarung über die Heimkehr der pro-kommunistischen Koreaner in Japan. Als Folge konnten die koreanischen Japaner ihre Heimat im Süden im September und November 2000 besuchen.

- 4) Streben nach einer ausgeglichenen Entwicklung nationaler Wirtschaft und Förderung von Austausch und Zusammenarbeit in allen Bereichen

Erweiterter Austausch und Zusammenarbeit zwischen Süd und Nord sollen zur Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen durch die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens und der nationalen Homogenität zwischen beiden Koreas führen.

Vor allem sei gestiegene wirtschaftliche Kooperation sehr wichtig, nicht nur weil sie für beide Seiten nützlich ist, sondern auch, weil sie das Wohl des ganzen koreanischen Volks verbessert. Wenn Südkorea das Kapital und seine hochentwickelte Technik einbringt und Nordkorea die Arbeitskräfte stellt, entsteht ein Wirtschaftspotential, das nicht nur ausgeglichenes Wachstum der innerkoreanischen Wirtschaftskraft garantiert, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt stärken wird.

Seit dem Abschluss des innerkoreanischen Gipfeltreffens haben die beiden Koreas an der Seoul-Shinuiju-Eisenbahn und der Munsan-Gaesong-Autobahn gearbeitet. Es wurde auch über die Art und Weise der Zusammenarbeit bei verschiedenen anderen Projekten einschließlich der Flutverhütung entlang den Imjin-Fluss, des Baus des Gaesong-Industriegebiets, des Fischfanges in nordkoreanischen Fischgründen und einer gemeinsamen Untersuchung zur Zusammenarbeit für die Elektrizitätslieferung erörtert. Mit zunehmendem Austausch und Zusammenarbeit zwischen dem Süden und dem Norden in verschiedenen Bereichen werden gegenseitiges Verständnis und Vertrauen erhöht. Das führte schließlich zu einer Reduzierung der militärischen Spannung. Die Ausdehnung des Austausches in den sozialen und kulturellen Bereichen war deshalb so wichtig wie die Förderung der wirtschaftlichen Kooperation. Bereits in den verschiedenen Bereichen begannen der Austausch und die Zusammenarbeit. Die südkoreanischen Journa-

listen und Touristen besuchten Nordkorea. Im sportlichen Bereich gibt es vielfach Gelegenheit, gemeinsam aufzutreten und Solidarität zu demonstrieren. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ergab sich bei den Olympischen Spielen 2000 in Sydney, wo die süd- und nordkoreanischen Delegationen während der Eröffnungsfeier gemeinsam Hand in Hand ins Hauptstadion einzogen. Derartige Bilder beeinflussen die Menschen im Süden und im Norden der koreanischen Halbinsel, bringen ihnen ihre gemeinsame Geschichte und die noch immer bestehende Verbundenheit zum Bewusstsein. Sie erzeugen auch in der internationalen Öffentlichkeit positive Eindrücke und festigen die Wunschvorstellung von einer ausgesöhnten Nation.

Die Zusammenarbeit auf den Gesundheits- und Umweltebenen ist eine weitere wichtige zukunftsorientierte Aufgabe. Um die gestiegene Verschmutzung und Zerstörung der Natur durch die Industrialisierung in Nordkorea zu verhindern und um die Ausweitung des Schadens in die südliche Region zu stoppen, ist innerkoreanische Zusammenarbeit in diesem Bereich unbedingt notwendig.

5) Beförderung von Dialog auf der Regierungsebene und Kim Jong-Ils Gegenbesuch in Seoul

Diese Vereinbarungen zwischen beiden Seiten sind bedeutungslos, es sei denn, sie werden konkret durchgeführt. Um diese Vereinbarung zwischen den beiden Staatschefs so bald wie möglich in der Tat umzusetzen, einigten sich die zwei Koreas über die Gespräche auf der Regierungsebene in der nahen Zukunft. Folglich wurde das Gespräch auf der ministeriellen Ebene etwa ein Monat später nach dem Gipfeltreffen stattgefunden. Auf der Grundlage einer Vereinbarung auf der ministeriellen Ebene folgte auch eine Reihe von innerkoreanischen Konferenzen hintereinander. Diese Konferenzen umfassten Gespräche zwischen den Verteidigungsministern, militärische Gespräche auf der Ebene der Arbeitsgruppe (military working-level talks), Rot-Kreuz-Gespräche und Konferenzen auf der wirtschaftlichen Ebene. Dabei diskutierten die zwei Koreas über die konkreten Wege zur Förderung der gemeinsamen innerkoreanischen Projekte, welche von denen einiges schon untergenommen worden waren.

Der Vorsitzende Kim Jong-Il bestätigte das Engagement Nordkoreas für die Verbesserung innerkoreanischer Beziehungen mit dem Versprechen über seinem Gegenbesuch in Seoul. Dies bedeutet, dass die Beziehung zwischen den beiden Koreas weiterhin über

die Zeit hinaus verbessert wird. Er betonte wiederholt, dass er an der Gemeinsamen Deklaration vom 15. Juni festhalten werde, weil er das Dokument selbst unterschrieben habe.

3.3.4 Bedeutung des innerkoreanischen Gipfeltreffens¹⁴¹

Von historischem Standpunkt aus betrachtet, hat das innerkoreanische Gipfeltreffen im Juni und die gemeinsame Deklaration vom 15. Juni eine enorme Bedeutung. Das markierte ein Wendepunkt in der Beziehung zwischen Süd- und Nordkorea und bedeutete gleichzeitig den Beginn einer neuen Epoche in innerkoreanischer Beziehung.

- a) Das erste Treffen zwischen zwei Gipfeln der beiden koreanischen Staaten und eine Vereinbarung über die Aktionspläne

Die große Bedeutung des innerkoreanischen Gipfeltreffens liegt gerade darin, dass das Treffen zwischen den Gipfeln beider koreanischen Staaten überhaupt zum ersten Mal erreicht wurde. Das Treffen zwischen den Staatsoberhäuptern Süd- und Nordkoreas zum ersten Mal in 55 Jahren nach der nationalen Teilung war selbst ein historisches Ereignis. Dabei dehnten die beiden Gipfel gegenseitiges Verständnis durch einen offenen Meinungsaustausch in mehreren Gesprächsrunden aus. Als Folge entwickelten sie gegenseitigen Respekt und Vertrauen, und auf der Grundlage dieses Vertrauens konnten sie eine 5-Punkte-Vereinbarung bringen, die durch die gemeinsame Deklaration angekündigt wurde. Die Bedeutung der gemeinsamen Deklaration vom 15. Juni liegt darin, dass die zwei höchsten Beamten der süd- und nordkoreanischen Regierungen zu einer Vereinbarung gelangten und sie selbst auf der Basis der gemeinsamen Überzeugung unterschrieben.

- b) Betonung auf Selbstbestimmung in der Lösung der Koreafragen

Ein anderer bedeutsamer Aspekt des innerkoreanischen Gipfeltreffens ist, dass sich die zwei Koreas über die Lösung der Koreafrage durch direkten Dialog auf der Grundlage

¹⁴¹ Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea (2003), S. 56-57; auch dazu siehe <http://www.unikorea.go.kr/kr/load/Z01/Z0138.htm>.

der gegenseitigen Anerkennung des jeweils anderen Systems einigten. Wie der deutsche Fall bestätigten, ist der erste Schritt zum Lösen der Fragen, die von der Spaltung der Nation herrühren, die Realität der Teilung zu erkennen oder anderes System anzuerkennen. Das innerkoreanische Gipfeltreffen impliziert, dass der Süden und der Norden einander die jeweils andere Seite anerkennen. Mit dem innerkoreanischen Gipfeltreffen begannen die beiden koreanischen Staaten, sich gegenseitig als Dialogpartner zu respektieren und einigten sich darüber, die schwebenden Fragen durch Dialog zu lösen.

Außerdem war das Gipfeltreffen eine Gelegenheit für Süd- und Nordkorea, vor sowohl inländischer als auch internationaler Öffentlichkeit ihren starken Wunsch und ihre Fähigkeit zu demonstrieren, die Koreafrage selbst zu lösen. Obwohl das Verständnis und die Kooperation der vier benachbarten Länder unbedingt notwendig sind, wird die Koreafrage nie ohne aktive Beteiligung von beiden Koreas gelöst. Deswegen war die Schaffung eines regulären Weges für den innerkoreanischen Dialog eines der wichtigsten Ergebnisse des Gipfeltreffens. Anders als 1994, wo ein Gipfeltreffen zwischen dem damaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Young-Sam und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Il-Sung durch die Vermittlung des früheren U. S.-Präsidenten Jimmy Carter arrangiert wurde, dann allerdings fehlgeschlagen wurde, war das Juni-Gipfeltreffen dieses Mal direkt zwischen die beiden Koreas ohne die Vermittlung oder Einmischung von einem Dritten stattgefunden. Auf diese Weise zeigte das Gipfeltreffen die Fähigkeit des koreanischen Volkes zur Selbstbestimmung.

c) Institutionalisierung der innerkoreanischen Aussöhnung und Zusammenarbeit

Das innerkoreanische Gipfeltreffen legte die Basis zur Erweiterung des Austausches und der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen einschließlich der Ebenen der Gesellschaft, der Kultur, des Sports, der Gesundheit und der Umwelt.

Unter anderem ist die innerkoreanische Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich das effizienteste Instrument zur Bildung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den zwei Koreas sowie das entscheidende Movers auf dem langen Marsch zur nationalen Wiedervereinigung. Die Kontakte zwischen süd- und nordkoreanischen Technikern und Arbeitern werden einen großen Beitrag zur Wiederherstellung nationaler Identität leisten. Außerdem wird eine effiziente Umstrukturierung beider koreanischen Wirtschaften

durch innerkoreanische Zusammenarbeit zu einer einheitlichen Entwicklung der koreanischen nationalen Wirtschaft führen. Anschließend an das Gipfeltreffen begannen die beiden Koreas mit der Arbeit, die Städte Seoul und Shinuiju mit einer Eisenbahnlinie sowie Munsan und Gaesong mit einer Autobahn zu verbinden. Die beiden Seiten unterschrieben auch vier wirtschaftliche Vereinbarungen, um die innerkoreanische Zusammenarbeit zu erleichtern.

Die Zusammenführung der getrennten Familien ist als ein Symbol der Wiederherstellung gegenseitigen Vertrauens und erweiterter Aussöhnung zwischen den beiden Seiten zu betrachten. Viele Mitglieder getrennter Familien sind schon an Altersschwäche gestorben. Deshalb war dies eine äußerst dringende Aufgabe, die nicht noch weiter zurückgestellt werden könne. Während des innerkoreanischen Gipfeltreffens vereinbarten die beiden Seiten diese Frage so bald wie möglich zu lösen. Es kam zu einer Übereinkunft, eine Familienzusammenführung am 15. August 2000 zu gestatten. Das machte vielen Leute möglich, die historische Symbolik des innerkoreanischen Gipfeltreffens aus erster Hand zu erleben. Im Anschluss an der Zusammenführung der getrennten Familien am nationalen Unabhängigkeitstag, dem 15. August, setzte die beiden koreanischen Regierungen ihre Bemühungen fort, Maßnahmen zu einer stufenweisen und institutionellen Lösung für dieses Problems durch Überprüfung der Adresse, Tausch der Briefe und die Einrichtung eines ständigen Treffzentrums zu ergreifen.

Ein bedeutsamer Aspekt des innerkoreanischen Gipfeltreffens ist, dass es Austausch und Zusammenarbeit zwischen den zwei Koreas erleichtert und institutionalisiert hat. Durch das Gipfeltreffen öffneten der Süden und der Norden die Tür zur Institutionalisierung der verschiedenen Formen von Austausch und Zusammenarbeit zwischen den zwei Koreas, wobei der Weg zur De-facto-Wiedervereinigung geebnet wurde. Die Beendigung der Feindschaft zwischen den beiden Seiten durch die Entwicklung gegenseitigen Respekts für die jeweils anderen Systeme und die Linderung der Spannung führt zur Aussöhnung und friedlichen Koexistenz. Dies sei das Stadium der De-facto-Wiedervereinigung. Durch die Förderung von mehr Kontakten, mehr Austausch und mehr Zusammenarbeit sollten sich die beiden Koreas um Annäherung an einen Zustand zwischenstaatlicher Normalität bemühen, in dem die Leute des Südens und des Nordens frei zwischen beiden Koreas reisen können.

d) Beitrag zum Frieden in Nordostasien

Mit der Förderung der Entspannung und der Herstellung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel trug das innerkoreanische Gipfeltreffen auch zu Stabilität und Frieden in Nordostasien bei. Während des Gipfeltreffens kamen die höchsten Führer des Südens und des Nordens überein, ein dauerhaftes Friedenssystem zu errichten, um einen weiteren Krieg auf der koreanischen Halbinsel zu vermeiden. Die beiden Führer bestätigten auch, dass die beiden Seiten keine expansiven Absichten haben, und sicherten zu, jede Aktivität zu unterlassen, die eine Bedrohung für den anderen verursachen könnte. Die Vereinbarung trug dazu bei, die internationale Gemeinschaft von der Sorge um die Instabilität in der koreanischen Halbinsel zu entlasten. Am allermeisten erhöhte die seit dem innerkoreanischen Gipfeltreffen bemerkte offenbare Änderung des nordkoreanischen Benehmens die Wahrscheinlichkeit friedlicher Lösung der Fragen einschließlich der Massenvernichtungswaffen Nordkoreas, die eine dauernde Bedrohung für Frieden und Stabilität in der nordostasiatischen Region verursacht hatte. Wenn die Spannung auf der koreanischen Halbinsel eskalierte, würde daraus wahrscheinlich eine ernste Bedrohung für die Sicherheit der ganzen Region entstehen.

Das innerkoreanische Gipfeltreffen ermutigte die Nachbarländer, aktiv tätig zu werden, um zum Frieden auf der koreanischen Halbinsel beizutragen. Das ist eine weitere wichtige Leistung des Gipfeltreffens.

e) Konsequenz in Beförderung der Aussöhnungs- und Kooperationspolitik

Das Gipfeltreffen vom Juni war möglich, weil die Regierung Kim Dae-Jung die Konsequenz bei der Beförderung der Politik der Aussöhnung und Zusammenarbeit gegenüber Nordkorea seit ihrer Bildung beibehalten hatte. Gleichzeitig legte Pjöngjang sein Anfangsverdacht über Seouls Absicht beiseite und vereinbarte, den innerkoreanischen Dialog wieder aufzunehmen. Kurzum das Gipfeltreffen war durch gegenseitiges Vertrauen zwischen den zwei Koreas möglich.

Ein anderer wichtiger Faktor hinter dem erfolgreichen Gipfeltreffen war eine starke Unterstützung für die Politik der Regierung durch die südkoreanische Bevölkerung. Mit starker öffentlicher Unterstützung konnte die Regierung Kim Dae-Jung ihre Politik gegenüber Nordkorea durchhalten. Die Aussöhnungs- und Kooperationspolitik wurde

konsequent durchgehalten und erwies sich schließlich als wirkungsvoll. Das Gipfeltreffen wurde ein Erfolg, der der Regierung Kim Dae-Jung half, seine Politik mit voller Unterstützung der Öffentlichkeit fortzusetzen.

3.4 Entwicklung innerkoreanischer Beziehungen nach dem Gipfeltreffen

3.4.1 Kontakte auf verschiedene Ebenen

1) Gespräche auf der Ministerebene

Die Gespräche auf der Ministerebene nach der Vereinbarung zwischen den Gipfels des Südens und des Nordens sollten die „gemeinsame Deklaration zwischen Süd und Nord“ vom 15. Juni 2000 ausführen und die Rolle als eine zentrale Verhandlungsinstanz spielen, die die Beziehungen von Austausch und Zusammenarbeit leiten soll. Sie errichteten den Rahmen des Süd-Nord-Dialogs, indem sie alle schwebenden Fragen zwischen Süd und Nord verhandelten und auch verschiedene Gespräche gemäß dem Gebiet wie Rot-Kreuz-Konferenz in Gang setzten. Nur innerhalb eines Jahres; 2000, verständigten sich die beiden Seiten über insgesamt 31 Punkte durch viermalige Gespräche, und 25 Punkte davon wurden von südkoreanischer Seite gefordert. Die Tagesordnungen und die wichtigen vereinbarten Punkte der Gespräche auf der Ministerebene waren die folgenden:

Die erste Gesprächsrunde (vom 29.-31. Juli 2000, Seoul):

- Wiederöffnung des Verbindungsbüros in Panmunjom
- Förderung der Heimkehr der pro-kommunistischen japanischen Koreaner

Die zweite Gesprächsrunde (vom 29. August 2000 -1. September, Pjöngjang):

- Zwei weitere Runden über die Zusammenführung der getrennten Familien
- Verbindung der Eisenbahn zwischen Seoul und Shinuiju und Bau der Autobahn zwischen Munsan und Gaesong
- Gemeinsame Förderung des Projektes für die Flutverhütung des Imjin-Flusses

- Durchführung der Kreuztour durch die Baekdu- und Hanla-Gebirge
- Förderung der Gespräche zwischen den militärischen Behörden der beiden Seiten
- Planung des institutionellen Mechanismus in Bezug auf die wirtschaftliche Kooperation sowie Überprüfung der Lieferung des Nahrungsdarlehens gegenüber Nordkorea

Die dritte Gesprächsrunde (vom 27.-30. September 2000, Jejudo):

- Gemeinsame Bemühung für rasche Lösung der Frage der getrennten Familien durch Adresseüberprüfung, Briefwechsel und Bau eines Treffzentrums usw.
- Organisierung eines Komitees für die Förderung innerkoreanischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit
- Veranstaltung für regelmäßige Freundschaftsfußballspiele sowie Austausch von Professoren, Studenten und Personen der kulturellen Kreise

Die vierte Gesprächsrunde (vom 12.-16. Dezember 2000, Pjöngjang):

- Bildung und Leitung des Komitees für die Förderung innerkoreanischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Lösung der bevorstehenden Fragen wirtschaftlicher Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit im Fichereibereich
- Austausch der süd- und nordkoreanischen Taekwondo-Mannschaften zu einem Musterwettkampf
- Adressenüberprüfung der getrennten Familien sowie Durchführung des Briefwechsels auf der experimentalen Basis

Mit dem Start der Regierung Bush in den USA wurde die Beziehung zwischen Nordkorea und den USA abgekühlt. Nordkorea unterbrach die Süd-Nord-Dialoge vorübergehend unter dem Vorwand der Ausnahmezustandsmaßnahme, die Südkorea gegen Notfälle im Zusammenhang mit dem Terror vom 11. September und dem Krieg gegen die Taliban in Afghanistan traf. Aber die beiden Koreas nahmen wieder die Kontakte auf, indem sie die fünfte Gesprächsrunde vom 15.-18. September 2001 in Seoul leiteten und

zur 15-Punkte-Vereinbarungen¹⁴² gelangten. Es folgten weitere drei Gespräche bis zum Ende des Jahres 2002.¹⁴³

2) Gespräche auf der Ebene der Fachleute für die wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach der Vereinbarung von Gesprächen auf der Ministerebene hielten die beiden Seiten die Gespräche auf der Ebene der Fachleute für innerkoreanische wirtschaftliche Zusammenarbeit zweimal in 2000 (erste Gesprächsrunde: vom 25.-26. September in Seoul, zweite Gesprächsrunde: vom 8.-11. September in Pjöngjang) ab und diskutierten über die institutionellen Einrichtungen für die innerkoreanische wirtschaftliche Zusammenarbeit. Durch diese Gespräche gelangten die beiden Seiten zu Vereinbarungen in vier Bereichen einschließlich des Investitionsschutzes, der Verhütung der Doppelbesteuerung, der Clearing-Abrechnung und der Beilegung des kommerziellen Streits und stimmten über die Lieferung des Nahrungsdarlehens (provision of food load) überein. Die vier Vereinbarungen im Bezug auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden bei der 4. Gesprächsrunde auf der Ministerebene unterschrieben.

3) Verteidigungsministerkonferenz zwischen Süd und Nord

Die erste Verteidigungsministerkonferenz fand vom 25.-26. September 2000 in Jejudo statt. Die beiden Seiten einigten sich darauf, zur Lösung der militärischen Angelegenheiten bezüglich der Ausführung der „Gemeinsamen Deklaration zwischen Süd und Nord“ vom 15. Juni aktiv zusammenzuarbeiten, sich gemeinsam für die Linderung der militärischen Spannung, die Erhaltung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel und die Beseitigung der Kriegsgefahr zu bemühen und die Arbeitskonferenz auf der militäri-

¹⁴² Wichtige Vereinbarungen waren folgendermaßen: Vierte Zusammenführung der getrennten Familien (vom 16.-18. Oktober 2001); Beginn des Baus zur Verbindung der Eisenbahn und der Autobahn; Kontakt auf der Ebene der Fachleute für den Bau des Gaesong-Industrieparks; Gespräche zwischen beiden Behörden für die Verhandlung über die Aktivierung der Tour durch Gungang-Gebirge (am 4. Oktober 2001); Überprüfung der Zusammenarbeit für die Verbindung der Eisenbahn und der Gaspipeline zwischen Südkorea und Russland über Nordkorea; Kontakt auf der Arbeitsebene für die Transit durch gegenseitige Territorialgewässer der zivilen Schiffe; Beginn der Untersuchung an Ort und Stelle im November, um die Maßnahme zur Flutverhütung im Imjin-Flussgebiet zu behandeln; Rasches Inkrafttreten der vier Abkommen bezüglich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; Kontakt auf der Arbeitsebene für die Verhandlung über die gemeinsame Fischerei in Ostsee; Der 2. Komitee für die Förderung innerkoreanischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit (vom 23.-26. Oktober) sowie Abhaltung der Arbeitskonferenz; Austausch der Taekwondo-Mannschaft für die Musterwettkampf im Oktober und November; Der 6. Gesprächsrunde auf der Ministerebene (vom 28.-31. Oktober, Pjöngjang) usw.

¹⁴³ Ministerium für nationale Wiedervereinigung(2003), S. 66-70.

schen Ebene mit Bezug auf die Verbindung der Eisenbahn und der Straße zwischen dem Süden und dem Norden zu fördern.

Nach der Vereinbarung der Verteidigungsministerkonferenz hielten die beiden Seiten die militärische Konferenz auf der Ebene der Arbeitsgruppe in Panmunjom fünfmal bis zum Februar 2001 ab und kamen zu einer Übereinkunft über die Frage militärischer Garantien im Zusammenhang mit der Verbindung der Eisenbahn und der Straße zwischen Süd und Nord (8. Februar 2001). Auf der 6. militärischen Konferenz (14. September 2001) auf der Ebene der Arbeitsgruppe wurde ein „vereinbartes Dokument über militärische Garantie“ zur Übereinkunft gelangt und auf der 7. Konferenz in Kraft gesetzt.¹⁴⁴

4) Rot-Kreuz-Konferenz zwischen Süd und Nord¹⁴⁵

Bis zum Anfang des Jahres 2001 hatten die süd- und nordkoreanischen Rot-Kreuz-Organisationen drei Gesprächsrunden, um die Frage der getrennten Familien und andere humanitäre Problem zu behandeln.

Die erste Konferenz (vom 27.-30. Juni 2000):

- Wechselseitige Besuche der getrennten Familien vom 15.-18. August
- Repatriierung nach Nordkorea von langfristigen nordkoreanischen Gefangenen im Süden zum Anfang September
- Einrichtung eines Treffzentrums für die getrennten Familien nach der Repatriierung der Gefangenen

Die zweite Konferenz (vom 20.-23. September 2000):

- Zwei zusätzliche Zusammenführungen der getrennten Familien im November und Dezember (je 100 Leute)
- Adressenüberprüfung (je 100 im November und Dezember)
- Briefwechsel zwischen 300 Mitglieder der getrennten Familien auf der experimentalen Basis

¹⁴⁴ Ebd., S. 882-83.

¹⁴⁵ Ebd., S. 123-124.

Die dritte Konferenz (vom 29. Januar 2001- 31.):

- 3. Zusammenführung der getrennten Familien vom 26.-28. Februar 2001
- Briefwechsel zwischen 300 Mitglieder der getrennten Familien am 15. März nach der Adressenüberprüfung
- Bestätigung der Tagesordnung für die 4. Konferenz (vom 3.-5. April 2001), wobei die Einrichtung und Leitung des Treffzentrums verhandelt werden sollte

5) weitere Kontakte

Der nordkoreanische Sondergesandte Kim Yong-Sun besuchte den Süden und diskutierte über die schwebenden Fragen mit südkoreanischer Führung. Während seinem Besuch übermittelte er dem Präsidenten Kim Dae-Jung die feste Absichtsbekundung des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong-Il zum Engagement an der „Gemeinsamen Erklärung zwischen Süd und Nord vom 15. Juni“ und besichtigte verschiedene kulturelle und industrielle Einrichtungen.

Außerdem stimmten die beiden Seiten auf der ersten Sitzung des Komitees für die Förderung innerkoreanischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit darin überein, die Konferenzen auf der Fachleuteebene für innerkoreanische Elektrizitätskooperation und für die Überschwemmungskontrolle des Imjin-Flusses einzurichten. Dementsprechend fanden die erste Konferenz für innerkoreanische Elektrizitätskooperation vom 8. bis 9. Februar 2001 und die erste Konferenz für die Überschwemmungskontrolle des Imjin-Flusses vom 22. bis 24. Februar 2001 in Pjöngjang statt.

3.4.2 Gemeinsame Bemühungen um die Lösung der Frage der getrennten Familien und anderer humanitären Fragen

1) Zusammenführung der getrennten Familien

Die „gemeinsame Deklaration zwischen Süd und Nord vom 15. Juni“ bot einen Durchbruch zur Lösung der Frage der getrennten Familien an. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit dieser Angelegenheit aufgrund des Älterwerdens der Mitglieder der getrennten

Familien bemühten sich die beiden Seiten gemeinsam intensiv um die Zusammenführung der getrennten Familien. Nach 15 Jahren seit der ersten Durchführung im 1985 wurde die Zusammenführung der getrennten Familien wieder aufgenommen und durch drei Runden wechselseitiger Besuchen¹⁴⁶, konnten je 100 Mitglieder der getrennten Familien aus beiden Seiten ihre insgesamt 3630 Familienangehörige oder Verwandten bis zum Anfang des Jahres 2001 in Seoul und Pjöngjang treffen. Auch durch die süd- und nordkoreanischen Rot-Kreuz-Organisationen überprüften die beiden Seiten Adressen von insgesamt 400 Personen – je 100 Personen aus beiden Seiten im Januar und Februar 2001, und am 15. März wurde der Briefwechsel zwischen je 300 Personen des Südens und des Nordens durchgeführt.¹⁴⁷

2) Nordkorea-Hilfe auf der humanitären Ebene¹⁴⁸

Auf der Regierungsebene wurde die Hilfe gegenüber Nordkorea mit umfassender Rücksicht auf humanitären Gesichtspunkt, ihre Tragfähigkeit, die öffentliche Meinung und den Beitrag zur Verbesserung innerkoreanischer Beziehungen usw. geleistet. Auf der zivilen Ebene dehnte sie sich von der einfachen Hilfe durch Nahrung und Lebensartikel usw. ausgehend auf verschiedene Bereiche aus und entwickelte sich bis zu einer Form dauernder Zusammenarbeit. Im Jahr 2000 entsprach die Hilfe gegenüber Nordkorea insgesamt 113,7 Mill. US-Dollar (78,6 Mill. auf der Regierungsebene, 35,1 Mill. auf der zivilen Ebene) und vermehrte sich im Vergleich zu 46,88 Mill. US-Dollar (28,25 Mill. auf der Regierungsebene, 18,63 Mill. auf der zivilen Ebene) im Jahr 1999 um 143 Prozent.

3) Beilegung anderer humanitärer Schwierigkeiten

Gleichzeitig näherten sich die beiden Koreas der Frage der südkoreanischen Entführten und Kriegsgefangenen in Nordkorea auf ähnliche Weise. Durch Rot-Kreuz-Gespräche und andere Kanäle drängte die südkoreanische Regierung Nordkorea wiederholt dazu, sie zu repatriieren. Die Regierung wollte die Frage ähnlich wie im Fall anderer getrenn-

¹⁴⁶ 1170 Menschen in der 1.Runde vom 15.-18. August 2000, 1220 in der 2. Runde vom 30. November 2000-2. Dezember und 1240 in der 3. Runde vom 26.-28. Februar 2001 trafen zusammen. Dazu siehe Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea (2003), S. 221-245

¹⁴⁷ Ebd.; S. 129-300.

¹⁴⁸ Ebd., S. 231-240.

ter Familien, d.h. durch Adressüberprüfung, Briefwechsel und Zusammenführung nach eigenem freien Wille, beilegen. Als eine Folge konnte beispielsweise eine alte Mutter, die bei der zweiten Runde der Zusammenführung der getrennten Familien Pjöngjang besuchte, ihren Sohn treffen, der von Nordkorea im Jahr 1987 gekidnappt worden war. Dies war die erste Zusammenführung für die Familien der Entführten, ein Wendepunkt in den Bemühungen zur Lösung der Frage der Entführten und Kriegsgefangenen.¹⁴⁹

3.4.3 Ausdehnung des innerkoreanischen Austauschs und der Zusammenarbeit

1) Zunahme des Menschenverkehrs

Während eines Jahres (vom Juni 2000-Mai 2001) seit dem Gipfeltreffen zwischen Süd und Nord vermehrte sich der Menschenverkehr außer den Touristen um das Gungang-Gebirge¹⁵⁰ durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ausdehnung sozialen und kulturellen Austauschs und Zusammenführungen der getrennten Familien usw. rasch auf 7,965 Personen (Besuche nach Nordkorea: 7,318, Besuche nach Südkorea: 647). Bis zum April 2001 seit dem Antritt der Regierung Kim Dae-Jung besuchten 17,984 Südkoreaner Nordkorea, und die Zahl dieser Besucher entspricht 88% der gesamten 20,399 Besucher (1989-April 2001). Andererseits besuchten in derselben Zeit 912 Nordkoreaner den Süden, das sind 61% der gesamten 1,487 Besucher.¹⁵¹

Austausche auf sozialer und kultureller Ebene wurde sehr aktiv gefördert. Mehrere nordkoreanische kulturelle Delegationen gaben Vorstellungen in Seoul, einschließlich der Pjöngjang Studentischen und Jugendlichen Kunsttruppe, des Pjöngjang Zirkus und des nordkoreanischen nationalen Symphonieorchesters. Die Chefs der südkoreanischen Presse und Medien besuchten Pjöngjang und unterschrieben eine Vereinbarung über Presse- und Medientausch. Anschließend konnten die südkoreanischen Rundfunkteams den Norden und ihre Programme aus Pjöngjang und dem Baekdu-Gebirge live übertragen. Außerdem ging eine Gruppe von 109 südkoreanischen Touristen ins Baekdu-

¹⁴⁹ Ebd., S. 234-235.

¹⁵⁰ Seit Beginn der Tour am 18. September 1998 erreichten die Touristen um das Gungang-Gebirge 402,223 Personen bis zum Juni 2001.

¹⁵¹ Ebd., S. 190-200.

Gebirge, während eine nordkoreanische Gruppe das Hanla-Gebirge im Süden im März 2001 besuchte.¹⁵²

Auch im sportlichen Bereich kam es zu Treffen und gemeinsamen Veranstaltungen. Ein Autorennen wurde im Gungang-Gebirge gehalten. Die heilige Fackel für einen jährlichen nationalen Sportwettbewerb wurde im Gungang-Gebirge auch entzündet, und ein innerkoreanisches Tischtennispiel wurde in Pjöngjang geöffnet.¹⁵³

Der religiöse Bereich war keine Ausnahme. Die Christen beider Seiten veranstalteten einen gemeinsamen Gedenkgottesdienst am Ostersonntag. Die Buddhisten hielten auch einen gemeinsamen buddhistischen Gottesdienst am nationalen Unabhängigkeitstag ab.¹⁵⁴ Die Erweiterung des innerkoreanischen Austauschs in verschiedenen Bereichen hat zweifellos zur Wiederherstellung nationaler Identität beitragen.

2) Verbindung der Eisenbahn (Seoul-Shinuiju) und der Autobahn (Munsan-Gaesong)¹⁵⁵

Durch Gespräche auf der Ministerebene einigten sich die beiden Koreas über die Verbindung der Eisenbahn (Seoul-Shinuiju) und den Bau der Autobahn (Munsan-Gaesong) und auf dem Verteidigungsministergespräch stimmten die beiden Seiten über die Eröffnung einer militärischen Konferenz auf der Arbeitsebene überein, um die Durchführung von Bauarbeiten zu sichern. Die südkoreanische Seite hatte die Verantwortung für die Zeremonie der Grundsteinlegung für die Verbindung der Eisenbahn sowie der Autobahn am 18. September 2000 und fing die Bauarbeiten wie Beseitigung der Minen usw. an.¹⁵⁶ Man erwartet, dass die Verbindung dieser Eisenbahn- und Autobahnstrecken von geschichtlicher Bedeutung, gewissermaßen die Hauptschlagadern der Nation eine epochemachende Wende zur Aktivierung des künftigen innerkoreanischen Austauschs und wirtschaftlichen Zusammenarbeit herbeiführen und zur Entspannung zwischen dem Süden und dem Norden wie zur friedlichen Nutzung der entmilitarisierten Zone führen werde. Durch ihre Verbindung mit der transchinesischen Eisenbahn (TCR) und der

¹⁵² Ebd., S. 185.

¹⁵³ Ebd., S. 184.

¹⁵⁴ Ebd., S. 187.

¹⁵⁵ Ebd., S. 143-150

¹⁵⁶ Die Strecke der Verbindungsarbeit für die Eisenbahn ist insgesamt 24km (12km für je Seite) und die der Autobahn ist 17.1km (südkoreanische Seite: 5.1km, nordkoreanische Seite: 12km).

transsibirischen Eisenbahn (TSR) sieht man die koreanische Halbinsel auch als ein Stützpunkt, der Kontinent und Ozean verbinde.

3) Zuwachs des innerkoreanischen Handels und Grundlage wesentlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit¹⁵⁷

Das innerkoreanische Handelsvolumen ist von etwa 18 Mill. US-Dollar in 1998 ausgehend auf 100 Mill. in 1991, 200 Mill. in 1995 und 300 Mill. in 1997 gewachsen und dann im Jahr 2000 auf 430 Mill. US-Dollar gestiegen. Damit wurde Südkorea der dritt-wichtigste Handelspartner Nordkoreas. Die Zahl der Unternehmer, die an dem innerkoreanischen Handel beteiligt waren, hat von 30 in 1989 auf 652 im Jahr 2000 zugenommen und im Fall der Handelswaren zeigt die Zahl auch von 26 in 1989 auf 589 in 2000 die Tendenz der andauernder Zunahme. Die beiden Seiten einigten sich schließlich auf institutionelle Mechanismen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern.

Sie unterschrieben wirtschaftliche Abkommen in vier Bereichen: Investitionsschutz (investment protection), Verhütung der Doppelbesteuerung (prevention of double taxation), Verrechnungswege (clearing) und Beilegung des kommerziellen Streits. Diesem institutionellen Fundament wird zugeschrieben, dass die beiden Koreas aktiver solche bedeutenden gemeinsamen wirtschaftliche Projekte wie Tourismus und Entwicklung um das Gungang-Gebirge, Überschwemmungskontrolle des Imjin-Flusses und die Entwicklung des Gaesong-Industrieparks fördern können.

3.4.4 Zunehmende Zusammenarbeit zwischen beiden Koreas in der internationalen Arena

Bei der Eröffnungsfeier der Sydney-Olympiade, die im September 2000 stattfand, marschierte die süd- und nordkoreanische Delegation Hand in Hand unter einem einzigen Ländernamen „Korea“ mit einer gemeinsamen Flagge, die die koreanische Halbinsel darstellte. Mehr als eine bloße Erläuterung der innerkoreanischen Zusammenarbeit bei

¹⁵⁷ Ministerium für nationale Wiedervereinigung(2003), S. 171-175.

diesem internationalen Sportereignis zeigte der gemeinsamen Marsch der ganzen Welt die Aussöhnungsstimmung auf der koreanischen Halbinsel.

Auf einer ARF¹⁵⁸-Ministerkonferenz, die in Bangkok im Juli 2000 stattfand, kam es zu einem Gespräch auf Außenministerebene, bei dem vereinbart wurde, in der internationalen Arena zusammenzuarbeiten. Während des Gesprächs drückte Südkorea seine Unterstützung für die nordkoreanischen Versuche aus, verschiedenen internationalen Organisationen einschließlich der „Asia Development Bank (ADB)“ und der „Asia Pacific Economic Cooperation (APEC)“ beitreten zu wollen. Der südkoreanische Außenminister schlug vor, einen Konsultationskanal zwischen süd- und nordkoreanischen diplomatischen Einrichtungen im Ausland zu bauen. Er schlug weiterhin vor, regelmäßig Treffen zu vereinbaren und Gespräche zu führen. Als Antwort entgegnete der nordkoreanische Minister, dass sich die zwei Koreas zusammenschließen sollten, um mit einer Stimme in der internationalen Arena zu sprechen, und versprach Zusammenarbeit in der UN-Generalversammlung. In der Folge hat sich der Gedankenaustausch zwischen süd- und nordkoreanischen Diplomaten im Ausland auch ausgedehnt. Zum Beispiel besuchte der südkoreanische Botschafter in China die nordkoreanische Botschaft, um seinen Abschied bei seiner Abreise aus Beijing zu nehmen. Der nordkoreanische Botschafter von Singapur nahm an einer Begrüßungsfeier zum Staatsbesuch des Präsidenten Kim Dae-Jung teil. Ermutigt von solch einer freundlichen Stimmung zwischen beiden Seiten bemühten sich die beiden Koreas gemeinsam darum, eine Resolution zur Begrüßung der innerkoreanischen Gipfeltreffen und der gemeinsamen Deklaration vom 15. Juni 2000 in der 55. UN-Generalversammlung im Oktober 2000 voranzutreiben. Als Ergebnis wurde eine Resolution über Frieden, Sicherheit und Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel einstimmig angenommen. Dies war die erste Resolution über die koreanische Halbinsel, die in der UN-Generalversammlung seit 1975 angenommen wurde. Außerdem nahmen die Teilnehmer an der 3. ASEM die Seoul-Deklaration auf, um ihre volle Unterstützung für das innerkoreanische Gipfeltreffen und die Durchführung der Vereinbarungen durch das Gipfeltreffen zum Ausdruck zu bringen.

Wie oben angeführt breitete sich die Aussöhnungsstimmung zwischen den zwei Koreas, die vom innerkoreanischen Gipfel initiiert wurde, in der innerkoreanischen Zusammenarbeit in der internationalen Arena aus und gewann dabei den Applaus und die Unter-

¹⁵⁸ AEAN Regional Forum.

stützung der internationalen Gemeinschaft für eine Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen und Frieden auf der koreanischen Halbinsel.

4 Zusammenfassung

Seit den 90er Jahren versuchte die südkoreanische Regierung verschiedene politische Möglichkeiten, um die innerkoreanischen Beziehungen zu normalisieren. Aber trotz ihrer Bemühungen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Seiten kamen Schritte zur Normalisierung immer schleppend voran. Das gegenseitige Misstrauen war so groß und immer noch herrschte die Ordnung des Kalten Krieges auf den innerkoreanischen Beziehungen. Damit konnte keine Politik gegenüber Nordkorea kontinuierlich vorangetrieben werden und kamen die mittel- oder langfristigen Programme für die Normalisierung innerkoreanischer Beziehungen nicht zustande. Darüber hinaus verursachte das nordkoreanische Nuklearprogramm eine gefährliche Eskalation auf der koreanischen Halbinsel.

Aus dieser Erkenntnis bahnte Kim Dae-Jung durch seine sog. Sonnenscheinpolitik einen anderen Weg an. Mit dem Gipfeltreffen im Juni 2000 erreichte diese Politik ihren Höhepunkt. Beide Staatschefs trafen zum ersten Mal nach der Teilung des Landes und stimmten über die friedliche Lösung der nationalen Frage, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Herstellung des gegenseitigen Vertrauens überein. Das Gipfeltreffen markierte einen Wendepunkt in innerkoreanischen Beziehungen. Nach dem Gipfeltreffen machten die innerkoreanischen Beziehungen erstaunliche Fortschritte auf verschiedenen Ebenen. Dem Gipfeltreffen folgten viele Kontakte und Gespräche auf der politischen und wirtschaftlichen sowie militärischen Ebene. Diese Politik wurde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch vom Ausland, vor allem auch von den Nachbarländern China, Japan und Russland unterstützt, die weder eine gefährliche Eskalation auf der koreanischen Halbinsel noch eine Unstabilität in der Region wollten, die der plötzliche Zusammenbruch Nordkoreas bringen könnte.¹⁵⁹ Seine Politik unterscheidet sich vor allem von der Politik früherer Regierungen durch die Trennung von

¹⁵⁹ Maull, Hanns: Stabilität, Frieden, Vereinigung? Perspektiven für die koreanischen Halbinsel, in: Koschyk, Hartmut (Hrsg.): a. a. O., S. 132.

Politik und Wirtschaft, die konsequente Politik und die Geduldigkeit, während die frühere Politik gegenüber Nordkorea immer unter den Zeichen des Kalten Krieges stand und damit die innerkoreanischen Beziehungen abwechselnd warm und kalt entwickelt wurden und häufig in eine Sachgasse gerieten haben.

Aber im Lauf der Zeit wurden auch kritische Stimmen im konservativen Lager immer lauter, weil die Hoffnung nicht erfüllt wurde und diese Politik – anders als zunächst erwartet - keinen Durchbruch brachte. Vor allem kritisierten die Opposition sowie seine politischen Gegner, dass seine Regierung nur Geld in den Norden pumpe, ohne eine entsprechende Gegenleistung vom Norden zu erhalten.¹⁶⁰ Das nordkoreanische Regime soll diese wirtschaftliche und humanitäre Hilfe sogar zu militärischen Zwecken verwenden. Die Regierung sollte strikt darauf achten, dass der Grundsatz von Geben und Nehmen befolgt würde. In der Tat war das Dilemma der Regierung Kim Dae-Jung, dass sie auf schnelle Erfolge in dieser Politik angewiesen war, um die Unterstützung der ungedulden Bevölkerung nicht zu verlieren, obwohl diese Politik eine langfristige und mühsam zu realisierende Zielvorstellung hatte.¹⁶¹ Sie musste auch auf die einigen Zwischenfälle nur vorsichtig reagieren, um Nordkorea nicht zu reizen.

Trotzdem ist es kein Zweifel, dass seine Engagementpolitik eine neue Ära innerkoreanischer Beziehungen angebahnt und enorme Fortschritte in den innerkoreanischen Beziehungen gemacht hat. Kann man sich heutzutage oder später eine andere Politik vorstellen, die bessere Voraussetzungen als diese Engagementpolitik für eine friedliche Transformation der Lage auf der koreanischen Halbinsel brachte? Darauf antwortete Hans Maull: „Es gibt keine glaubwürdige Alternative zu einer Strategie der Transformation, die mit einer Mischung aus Anreizen und Festigkeit die Risiken der Implosion und Explosion zu minimieren und zugleich Prozesse des Wandels in Nordkorea voranzutreiben sucht.“¹⁶²

¹⁶⁰ Unter der Regierung Kim Dae-Jung flossen nur 188 Mio. US-Dollar in den Norden, während die Hilfe an Nordkorea unter seinem Vorgänger, Kim Young-Sam ein Volumen von 262 Mio. US-Dollar erreichte.

¹⁶¹ Pfennig, Werner: a. a. O., S. 56.

¹⁶² Maull, Hanns: a. a. O.; S.133